

Sonderdruck aus:

Europäische Finanzplätze im Wettbewerb

27. Symposium des Instituts für bankhistorische
Forschung e.V. am 16. Juni 2004 im Hause der Deutschen
Bundesbank, Hauptverwaltung Frankfurt am Main

(Bankhistorisches Archiv – Beiheft 45)



Franz Steiner Verlag Stuttgart 2006

Inhaltsverzeichnis

Joachim v. Harbou Begrüßung	
Reinhard H. Schmidt/ Michael H. Grote Was ist und was braucht ein „bedeutender Finanzplatz“?	11
Carl-Ludwig Holtfrerich Der Finanzplatz Frankfurt im Wettbewerb mit Berlin und anderen Städten seit dem 19. Jahrhundert	29
Ranald C. Michie The City of London as a European Financial Centre in the Twentieth Century	51
Diskussion	83
Andreas Resch Wien – die wechselvolle Entwicklung eines Finanzplatzes in Zentraleuropa	93
Tobias Straumann Der kleine Gigant: Der Aufstieg Zürichs zu einem internationalen Finanzplatz	139
Podiumsdiskussion Spezialisierung der Geschäfte, Zentralisierung der Aufsicht, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Finanzinnovationen, Wirtschaftswachstum: Gibt es einen „Königsweg“ für den Finanzplatz Frankfurt?	171
Hans D. Barbier (Moderation)	
Rolf-E. Breuer	
Peter Coym	
Hans-Helmut Kotz	
Alois Rhiel	
Reinhard H. Schmidt	

Tobias Straumann

Der kleine Gigant: Der Aufstieg Zürichs zu einem internationalen Finanzplatz¹

Vergleicht man Zürich mit London, New York oder Tokio, gewinnt man auf den ersten Blick kaum den Eindruck, dass es sich um einen besonders wichtigen Finanzplatz handelt. So ist beispielsweise die Börsenkapitalisierung inländischer Aktien am New York Stock Exchange (NYSE) fünfzehnmal höher als an der Schweizer Börse (SWX). Trotzdem gehört Zürich zu den ersten Adressen in der internationalen Finanzwelt. Denn in einem äußerst profitablen Nischengeschäft ist die größte Schweizer Stadt im Verbund mit Basel, Genf und Lugano absolut führend: in der Verwaltung von ausländischen privaten Vermögen.² Es wird geschätzt, dass rund ein Drittel dieser Vermögen von Banken in der Schweiz verwaltet wird. Dies entspricht einer Summe von knapp 2.000 Mrd. Schweizer Franken (CHF).³

Wie ist dieser große Marktanteil zu erklären? Da der Aufstieg Zürichs in die oberste Liga erst nach 1945 stattfand, könnte man annehmen, dass kurzfristig wirkende Faktoren entscheidend waren. Dazu zählen insbesondere das Abseitsstehen der Schweiz während der beiden Weltkriege, die Neutralität im Kalten Krieg, die Verschärfung des Bankgeheimnisses im Jahr 1935 und die Weigerung der Schweizer Behörden, bei Steu-erhinterziehung internationale Rechtshilfe zu leisten. Mit diesen kurzfristig wirkenden Faktoren lässt sich in der Tat der Aufstieg Zürichs zum großen Teil erklären: Frieden und Neutralität sind immer vorteilhaft für einen Finanzplatz, vor allem wenn die unmittelbaren Konkurrenten mit langjährigen Kriegen überzogen werden und anschließend teure Wiederaufbauprogramme finanzieren müssen. Und die Bedeutung des strengen Kundenschutzes durch Bankgeheimnis und Zurückhaltung bei der internationalen Rechtshilfe lässt sich daran ermessen, dass die Schweizer Bankiers und Behörden diese Regulierungen bis heute mit unermüdlichem Engagement verteidigen.

Der internationale Vergleich zeigt allerdings, dass die kurzfristige Sicht zwei zentrale Phänomene nicht zu erklären vermag. Erstens blühte die Vermögensverwaltung bereits vor dem Ersten Weltkrieg und in den zwanziger Jahren, auch wenn das Niveau deutlich niedriger war als nach 1945. Zu jener Zeit kannte die Schweiz kein besonders strenges Bankgeheimnis und sie war keineswegs der einzige europäische Kleinstaat, der vom Ersten Weltkrieg verschont wurde. Doch Ende der zwanziger Jahre war es Zürich, nicht Amsterdam, Kopenhagen, Oslo oder Stockholm, das als „größter Vermö-

¹ Der Autor dankt folgenden Personen für ihre kritischen Kommentare früherer Fassungen: Jan Baumann, Markus Bürgi, Thomas David, Patrick Halbeisen, Manuela Keller, Richard T. Meier, Kurt Schiltknecht, Alexander Rathke, Markus Somm und Ulrich Woitek. Ein weiterer Dank geht an die Credit Suisse (David Scholl) und die Schweizerische Bankvereinigung (Stefan Hoffmann) für ihre Hilfe bei der Suche nach geeignetem Zahlenmaterial.

² Gemäß ihrer Bedeutung lautet die Reihenfolge der schweizerischen Finanzplätze: Zürich, Genf, Lugano und Basel.

³ Schweizerische Nationalbank, Die Banken in der Schweiz. Zürich 2004, S. A152.

gensverwalter des Kontinents“ bezeichnet wurde.⁴ Zweitens unterschlägt die kurzfristige Sicht die Bedeutung der starken Währung und des freien Kapitalverkehrs für den Aufstieg des Finanzplatzes Zürich nach 1945. Beziehungsweise sie unterstellt implizit, dass sich diese beiden Faktoren quasi automatisch aus dem Abseitsstehen während des Zweiten Weltkriegs ergeben hätten. Der Vergleich mit Schweden, das ebenfalls vom Zweiten Weltkrieg verschont wurde, zeigt, dass dies keineswegs der Fall war. Die schwedische Regierung favorisierte nach 1945 strenge Kapitalkontrollen und entmachtete die Zentralbank, um die Zinspolitik besser überwachen zu können. Dies ist einer von mehreren Gründen, warum die schwedische Krone von 1973 bis 1982 zu den schwächsten Währungen Europas gehörte.

Diese beiden Schwächen der kurzfristigen Sicht zeigen, dass es einer breiter angelegten Erklärung bedarf. Der Vergleich mit anderen europäischen Kleinstaaten zeigt, dass Zürich aufgrund von vier zusätzlichen Faktoren zum größten Zentrum der Vermögensverwaltung wurde. Erstens war die Schweiz dank ihrer zentralen Lage, der Vielsprachigkeit und dem Tourismus nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell besonders eng mit dem Ausland verflochten. Zweitens verfügten die Schweizer Bankiers über eine lange Erfahrung in der Vermögensverwaltung, die mehrere Jahrhunderte zurückreichte. Drittens war das schweizerische Bankensystem eines der solidesten im 20. Jahrhundert. Und viertens verfolgte die Schweiz im 20. Jahrhundert durchweg eine liberal-konservative Wirtschaftspolitik, vor allem in den Nachkriegsjahrzehnten, als die meisten anderen europäischen Kleinstaaten den Interventionsstaat zügig ausbauten und eine keynesianische Wirtschaftspolitik verfolgten. Für sich genommen waren all diese Wettbewerbsvorteile nur teilweise spezifisch schweizerisch; in dieser Kombination kann man sie hingegen nur in der Schweiz finden.

Der folgende Aufsatz versucht, die skizzierte Erklärung ausführlich zu begründen. Das erste Kapitel gibt einen quantitativen Überblick über den Aufstieg der schweizerischen Vermögensverwaltung im 20. Jahrhundert und beschreibt die heutige Struktur des Finanzplatzes Zürich. Das zweite Kapitel behandelt die kurzfristig wirkenden Faktoren – Frieden und strenger Kundenschutz – und zeigt ihre Schwächen auf. Das dritte Kapitel diskutiert, welche zusätzlichen Faktoren in die Erklärung eingebaut werden müssen: die international enge wirtschaftliche und kulturelle Vernetzung, die Rolle der Erfahrung in der Vermögensverwaltung, die Stabilität des Bankensystems im 20. Jahrhundert und die Bedeutung der liberal-konservativen Wirtschaftspolitik nach 1945.

I. Der Aufstieg der Vermögensverwaltung im 20. Jahrhundert

Zürich ist gegenwärtig nicht der einzige schweizerische Finanzplatz mit internationaler Bedeutung in der Vermögensverwaltung. Basel, Genf und Lugano spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Aber Zürich ist das klar dominierende Zentrum. Hier haben die beiden Großbanken UBS und Credit Suisse Group ihren Hauptsitz,⁵ hier sind zwei der drei Departemente der Schweizerischen Nationalbank angesiedelt, und hier befindet

4 Felix Somary, Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Kriege. Tübingen 1929, S. 99.

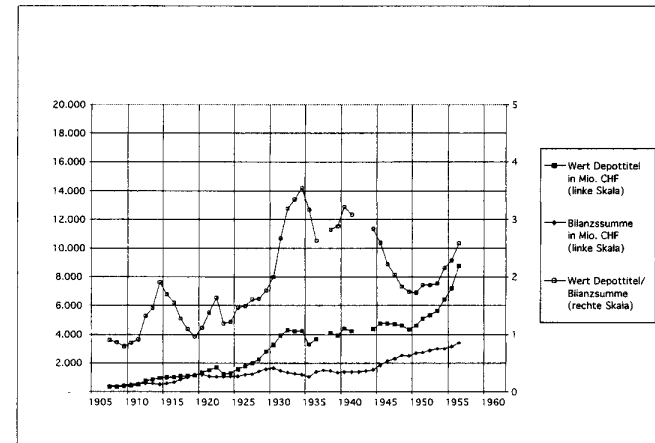
5 Die UBS, die aus der Schweizerischen Bankgesellschaft und dem Schweizerischen Bankverein hervorgegangen ist, hat ihren Sitz in Basel und Zürich.

sich auch der Sitz der Schweizer Börse SWX.⁶ Rund ein Drittel aller im schweizerischen Finanzsektor Beschäftigten arbeitet in der Stadt Zürich, rund 40 Prozent im Kanton Zürich.⁷

Der internationale Aufstieg Zürichs fand nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Ein untrügliches Zeichen für den Erfolg war, dass sich seit Mitte der sechziger Jahre ausländische Journalisten, Schriftsteller und auch Filmregisseure zunehmend für die Schweizer Banken und das Bankgeheimnis in den Schweizer Banken zu interessieren begannen.⁸ Mit Blick auf die Nachkriegszeit schrieb der „Economist“ 1969 in einem ausführlichen Landesporträt: „This has been the golden age of Swiss banking.“⁹

Man kannte damals nicht den genauen Umfang der in der Schweiz verwalteten ausländischen Vermögen. Aber man wusste, dass es sich um hohe Summen handeln musste. Aufgrund einer neuen Studie wissen wir mittlerweile etwas besser Bescheid.¹⁰ Die Abbildungen 1 bis 3 dokumentieren die Entwicklung des Schweizerischen Bankvereins und der Schweizerischen Kreditanstalt, der damals mit Abstand größten Schweizer Banken. Die ersten beiden Abbildungen zeigen den Wert der Depottitel, die Bilanzsumme und ihr Verhältnis. Abbildung 3 zeigt die Anzahl der Depots.

Abbildung 1: Wert der Depottitel und Bilanzsumme des Schweizerischen Bankvereins



Quelle: Perrenoud, Place financière (wie Anm. 10), S. 620 f.

6 Die Bankenaufsicht (Eidgenössische Bankenkommission) ist in Bern domiziliert.

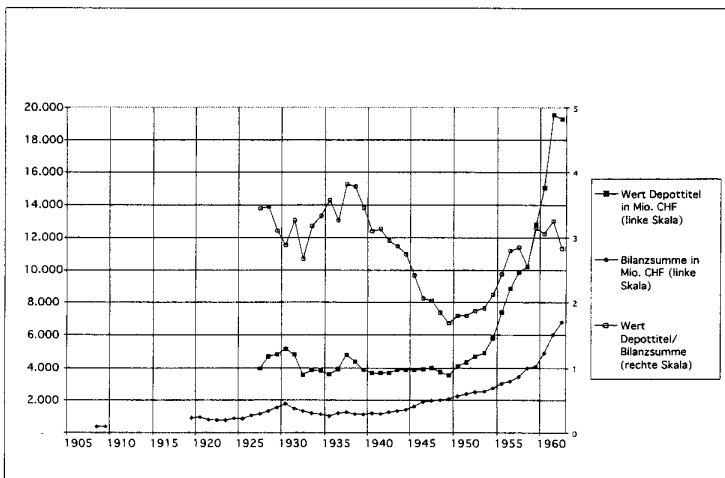
7 Stadt Zürich, Wirtschaftsbericht 2000, S. 12.

8 Beispiele für die erhöhte internationale Aufmerksamkeit sind: Theodore Reed Fehrenbach, The Gnomes of Zurich. London 1966; Leslie Waller, The Swiss Bank Connection. The Connection between the Mafia, Big Business, U.S. Politicians and their Silent Partner, the Banks. Bergenfield (N.J.) 1972; René Goscinny/ Albert Uderzo, Astérix chez les Helvètes. Paris 1970; Richard Zondervan, Le secret bancaire suisse et sa légende. Bruxelles 1973; Eric Ambler, Send no more Roses. London 1977; Nicolas Faith, Safety in Numbers. The Mysterious World of Swiss Banking. London 1982.

9 Money-go-round, in: The Economist vom 22. Februar 1969, S. XXII–XXV, Zitat S. XXV.

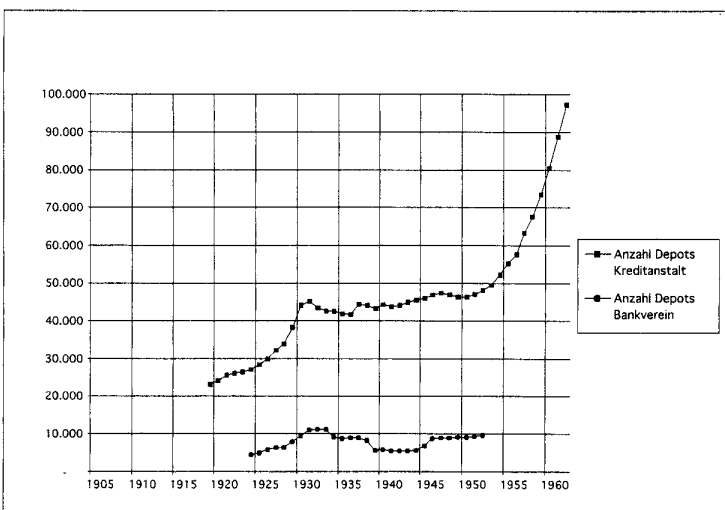
10 Marc Perrenoud, La place financière et les banques suisses à l'époque du nationalisme: les

Abbildung 2: Wert der Depottitel und Bilanzsumme der Schweizerischen Kreditanstalt



Quelle: Perrenoud, Place financière (wie Anm. 10), S. 620 f.

Abbildung 3: Anzahl der Depots beim Bankverein und bei der Kreditanstalt



Quelle: Perrenoud, Place financière (wie Anm. 10), S. 620 f.

Fünf Phasen können unterschieden werden:

1. Die Vermögensverwaltung durchlief bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine starke Expansionsphase, wie die Zahlen des Bankvereins zeigen. Für die Jahre 1907 bis 1913 kann man sogar einen eigentlichen Boom feststellen: Der nominale Wert der Depottitel nahm um 150 Prozent von 328 Mio. CHF auf 846 Mio. CHF zu. 1913 war die Summe der verwalteten Vermögen bereits anderthalbmal größer als die Bilanzsumme. Diese Zahl wurde in Krisenphasen deutlich überschritten, in denen das bilanzwirksame Geschäft stark zurückging. In der mit dem Vorkriegsaufschwung vergleichbaren Boomzeit der zwanziger Jahre ist diese Zahl aber kaum überschritten worden.
2. Während des Ersten Weltkriegs stagnierte das Geschäft, wie wiederum die Zahlen des Bankvereins zeigen. Der nominale Wert der Depottitel nahm nur geringfügig von 973 auf 1.097 Mio. CHF zu. Berücksichtigt man zudem die starke Inflation während des Weltkriegs, so ist sogar ein realer Rückgang zu verzeichnen. In Preisen von 1914 betrug der Wert der Depottitel lediglich 538 Mio. CHF.
3. In den zwanziger Jahren nahmen der Wert der verwalteten Vermögen und die Zahl der Depots deutlich zu. Allerdings verlief die Zunahme unregelmäßig, wenn man den Wert der Vermögen, die beim Bankverein lagen, als Richtschnur nimmt. Diese Kennzahl zeigt einen klaren Einbruch in den Jahren 1923 und 1924, was wohl mit der Stabilisierung der Reichsmark erklärt werden kann. Die Zahl der Depots bei der Kreditanstalt stieg hingegen kontinuierlich an, was darauf hindeutet, dass die deutschen Kunden ihre Konten in der Schweiz einstweilen behielten, weil sie der neuen Stabilität nicht ganz trauten. In jedem Fall entwickelte sich die Vermögensverwaltung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sehr günstig. Allerdings war Zürich damals im Vergleich zu den führenden Finanzplätzen Amsterdam, London, New York und Paris noch immer ein Zentrum zweiter Klasse.¹¹
4. In den dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkriegs stagnierte die Vermögensverwaltung; in den dreißiger Jahren war das Geschäft zeitweise sogar rückläufig. Die Zahl der Depots beim Bankverein und der Wert der verwalteten Vermögen bei der Kreditanstalt nahmen ab. Die Verluste waren jedoch zu klein, um den Fortbestand des Geschäfts zu gefährden.
5. Der große Aufschwung kam nach dem Zweiten Weltkrieg, wie die Zahlen der Kreditanstalt zeigen. Von 1945 bis 1962 verdoppelte sich die Zahl der Depots und der Wert der Depottitel verfünffachte sich.

relations des grandes banques avec L'Allemagne (1931–1946) (Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg 13). Lausanne 2002.

- 11 Youssef Cassis, L'histoire des banques suisses aux XIXe et XXe siècles, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 41 (1991), S. 512–520. Cassis vergleicht den Finanzplatz Schweiz mit Großbritannien. In der Schweiz trug der Finanzsektor nur 3,3 Prozent zum Volkseinkommen bei, in Großbritannien 5,6 Prozent. Heute liegt die Schweiz diesbezüglich vor Großbritannien.

Welche Banken dominierten damals die Vermögensverwaltung? Aus Tabelle 1¹² geht hervor, dass die drei Großbanken am Ende des Zweiten Weltkriegs knapp drei Viertel (72 Prozent) der in der Schweiz deponierten Vermögen verwalteten. Das restliche Viertel teilten sich die Schweizer Privatbanken und die staatlichen Kantonalbanken, wobei vor allem der hohe Anteil der Zürcher Kantonalbank auffällt.

Tabelle 1: Schätzung der Vermögenswerte (Depottitel) bei Schweizer Banken 1945

Geschätzte	Depotswerte (in Mio. CHF)	Bilanzsumme (in Mio. CHF)
Großbanken	14.437	
davon: Schweizerischer Bankverein	5.505	1.826
Schweizerische Kreditanstalt	5.064	1.606
Schweizerische Bankgesellschaft	3.868	1.157
Privatbanken	1.638	
Kantonalbanken	3.775	
davon: <i>Banque Cantonale Vaudoise</i>	727	
<i>Berner Kantonalbank</i>	698	
<i>Zürcher Kantonalbank</i>	1.206	
Total	19.851	

Quelle: Perrenoud, Place financière (wie Anm. 10), Anhang (Tabelle 14).

Heute beträgt der Anteil der beiden Großbanken UBS und Credit Suisse Group (CS Group) 50 Prozent.¹³ Auf dem zweiten Rang folgen die 150 ausländischen Banken, die 20 Prozent des schweizerischen Private Banking abdecken. Die traditionellen Privatbanken haben einen Marktanteil von sieben Prozent.¹⁴ Die Summe der im Inland deponierten Vermögen betrug Ende 2003 knapp 3.300 Mrd. CHF (Tabelle 2). Davon stammten 57 Prozent aus dem Ausland. Die Statistik verrät allerdings nicht, wie viele der inländischen Vermögen von Ausländern stammen, die ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegt haben, um Steuern zu sparen. Die Dominanz der Großbanken beschränkt sich im Übrigen nicht nur auf die Vermögensverwaltung. Auch in den übrigen Bankgeschäften dominieren die UBS und CS Group: Ende 2003 machten ihre Bilanzsummen 63 Prozent des gesamten Bilanzvolumens der Schweizer Banken aus; die UBS und die CS Group beschäftigten 46 Prozent aller im Bankwesen Beschäftigten; die Börsenkapitalisierung der beiden Großbanken erreichte 19 Prozent des Swiss Market Index, der alle Blue Chips umfasst.¹⁵

12 Die Schätzung der Depottitel in Tabelle 1 unterscheidet sich von denjenigen in den Abbildungen 1 und 2. Für eine grobe Schätzung der Marktanteile ist die Differenz jedoch vernachlässigbar.

13 Weltweit verwaltete die UBS, der globale Marktleader, Ende 2003 rund 2.200 Mrd. CHF, die CS Group 1.200 Mrd. CHF. Vgl. UBS, Jahresbericht 2003; CS Group, Jahresbericht 2003.

14 Hans Geiger/ Harry Hürzeler, The Transformation of the Swiss Private Banking Market, in: Journal of Financial Transformation 9 (2003), S. 93–103, hier S. 94.

15 Schweizerische Nationalbank, Banken (wie Anm. 3), S. A3, A209. Zur Börsenkapitalisierung der Schweizer Unternehmen siehe: SWX, Jahresbericht 2003.

Tabelle 2: Verwaltete Vermögen in der Schweiz* (in Mrd. CHF; Ende 2003)

	Total	Anteil in Prozent	Private Kunden	Kommerz- ielle Kunden	Institu- tionelle Kunden
Alle Kunden	3.293	100	1.361	356	1.576
Ausländische Kunden	1.877	57	876	150	852
Inländische Kunden	1.416	43	485	206	724

Quelle: Schweizerische Nationalbank, Die Banken in der Schweiz. Zürich 2004, S. A152–A153.

* Darin nicht enthalten sind Lebensversicherungen, Kundengelder in den Bilanzen der Banken sowie die Treuhänder.

Was die Statistik nicht verrät, ist die Herkunft der Vermögen. Man vermutet, dass sie meist aus Deutschland, Frankreich oder Italien stammen.¹⁶ Immerhin können wir uns aber eine Vorstellung vom globalen Markt im Private Banking machen. Im neuesten World Wealth Report von Cap Gemini und Merrill Lynch wird geschätzt, dass das Anlagevolumen der „high net worth individuals“ (das sind Personen mit mindestens einer Mio. USD frei verfügbarem Vermögen) 28.800 Mrd. USD beträgt. Die Gesamtzahl dieser vermögenden Privatpersonen beträgt 7,7 Millionen. Davon leben 2,6 Mio. in Europa (inklusive Osteuropa), 2,5 Mio. in Nordamerika, 2,0 Mio. im Fernen Osten und insgesamt 0,6 Mio. in Lateinamerika, dem Nahen Osten und Afrika.¹⁷

Wie viele von diesen Vermögen im Ausland (offshore) angelegt werden, ist schwierig zu schätzen. Cap Gemini und Merrill Lynch stellen fest, dass europäische Kunden einen höheren Teil ihres Vermögens ins Ausland transferieren als nordamerikanische Kunden.¹⁸ Sie geben aber keine konkreten Schätzungen. Es herrscht ein Konsens unter den Branchenbeobachtern, dass die Schweiz mit Abstand das weltweit führende Zentrum der Vermögensverwaltung ist. Die International Financial Services London (IFSL), eine private Organisation zur Förderung des Finanzplatzes London, haben mehrere Schätzungen verglichen und kommen zu dem Schluss, dass ein Drittel aller im Ausland angelegten Vermögen in der Schweiz verwaltet werden.¹⁹ Die nächsten Wettbewerber sind Großbritannien (15 Prozent), die USA (zwölf Prozent) und die karibischen Inseln (zwölf Prozent).²⁰

16 Geiger/Hürzeler, Transformation (wie Anm. 14), S. 94. Vgl. den Artikel des Schweizer Wirtschaftsmagazins Bilanz vom 1. Februar 2004, S. 66: „[...] schließlich ist Deutschland für die Schweizer Finanzbranche der wichtigste Markt. Laut Schätzungen der Branche schlummert deutsches Privatvermögen von 400 Milliarden Euro auf ausländischen Konten, davon ein guter Teil bei Schweizer Geldhäusern.“

17 Cap Gemini/ Merrill Lynch, World Wealth Report 2004, S. 2 [abrufbar unter: <http://www.de.capgemini.com/servlet/PB/show/1358993/WWR04.pdf>].

18 Ebd., S. 10–14; World Wealth Report 2002, S. 12 f. [abrufbar unter: <http://www.de.capgemini.com/servlet/PB/show/1004459/WorldWealthReport2002.pdf>].

19 International Financial Services London (IFSL), International Private Wealth Management. UK Expertise for International Markets. London 2002, S. 7. Die Quellen der IFSL sind: Chase Manhattan Private Bank, Financial Times und Gemini Consulting.

20 Eine Studie der Gemini Consulting aus dem Jahr 1998 schätzte folgende Marktanteile: Schweiz 27 Prozent, Luxemburg 19 Prozent, Karibik 15 Prozent, Großbritannien elf Prozent, USA neun Prozent, Kanalinseln sieben Prozent und Hongkong fünf Prozent.

Tabelle 3: Weltmarktanteile Vermögensverwaltung (in Prozent)

Geschätzte Marktanteile bei der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung für private Personen mit investierbarem Vermögen von über einer Mio. USD (1999)	
Schweiz	33
Grossbritannien	15
USA	12
Karibische Inseln	12
Kanalinseln	9
Luxemburg	6
Hongkong	5
Übrige	11

Quelle: IFSL, Wealth Management (wie Anm. 19), S. 7.

Aufgrund der starken Stellung im internationalen Private Banking verfügen die Kreditinstitute in der Schweiz über eine enorme Platzierungskraft am Kapitalmarkt. Die UBS und die Credit Suisse First Boston sind außerdem wichtige Mitspieler im internationalen Investment Banking. Das schlägt sich entsprechend in der Aufteilung der Beschäftigten nach Ländern nieder: Die UBS beschäftigt zur Zeit rund 65.000 Personen, davon 40 Prozent in der Schweiz, 39 Prozent auf den beiden amerikanischen Kontinenten, 15 Prozent in Europa und sechs Prozent in Asien. Die CS Group beschäftigt rund 40.000 Personen im Bankengeschäft, davon die Hälfte im Ausland, und 20.000 im Versicherungsgeschäft (Winterthur), davon zwei Drittel im Ausland.²¹

Abgesehen von der Vermögensverwaltung ist der Finanzplatz Zürich in keinem Segment die weltweit Nummer eins. Er hat aber einige weitere Spezialitäten, die von internationaler Bedeutung sind. Besonders stark ist die Position im Versicherungsgeschäft – etwa im Gegensatz zum deutschen Versicherungsmarkt, der seinen Schwerpunkt nicht in Frankfurt, sondern in München hat. Die Schweizer Rück (Swiss Re), die weltweit zweitgrößte Rückversicherungsgesellschaft nach der Münchener Rück, hat ihren Sitz in Zürich, ebenso die „Zürich“ (Zurich Financial Services), die weltweit sechstgrößte Versicherung im Nichtlebensgeschäft. Auch die „Winterthur“, die zur Credit Suisse Group gehört, ist eine Versicherung von internationalem Rang. Daneben haben alle größeren Versicherungen Europas ein Standbein in Zürich.²² Die Region Zürich hat sich in den letzten Jahren zudem zu einem europäischen Zentrum für alternative Anlagen (vor allem Funds of Funds, Hedge Funds und Private Equity) entwickelt.²³ Auch im Großhandel ist die Region Zürich ein wichtiger internationaler Standort. Dank günstiger Besteuerung von Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften gehört Zug, der Nachbarkanton von Zürich, zu den führenden Standorten im Me-

21 UBS, Jahresbericht 2003; CS Group, Jahresbericht 2003.

22 Die Rangliste bezieht sich auf Ende 2002. Vgl. International Financial Services London (IFSL), Insurance (City Business Series), London 2004.

23 Financial Center Initiative (FCI), Finanzplatz Zürich. Eine ungewisse Zukunft. Zürich 2003, S. 13.

tall- und Erdölhandel.²⁴ In Winterthur sind zwei Firmen domiziliert, die zu den zehn größten Baumwollhändlern der Welt gehören. Und schließlich ist die Schweiz der größte Kaffeehandelsplatz der Welt.²⁵

Was die Börse anbelangt, so ist Zürich ein Finanzplatz von mittlerer Bedeutung. Die Börsenkaptalisierung inländischer Aktien betrug Ende 2003 rund 900 Mrd. CHF (Rang acht); der Aktienumsatz im Jahr 2003 belief sich auf 782 Mrd. CHF (Rang neun).²⁶ Auch gemessen am Volumen der verwalteten Anlagefondsvermögen gehörte Zürich Ende 2003 zum Mittelfeld (Platz zehn: 410 Mrd. CHF).²⁷ Im Übrigen wird der Handel mit Schweizer Blue Chips seit ein paar Jahren in London an der virt-x, einem Tochterunternehmen der Schweizer Börsengesellschaft SWX, abgewickelt. Im Devisenhandel behauptet Zürich ebenfalls einen Platz im Mittelfeld. Der durchschnittliche Tagesumsatz betrug 2002 rund 110 Mrd. CHF – weit hinter London (775 Mrd. CHF) und den USA (388 Mrd. CHF), aber nur wenig hinter Frankfurt (136 Mrd. CHF).²⁸ Eine Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Zürcher Börse von 1995 bis 2001 deutlich an Terrain verloren hat, da die beiden Schweizer Großbanken einige Geschäftssparten nach London verlegt haben.²⁹

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Zürich ist ein Finanzplatz, der nach 1945 einen enormen Aufstieg erlebte, aber nur in einer bestimmten Nische führend ist. Entsprechend sind die Hauptkonkurrenten andere kleine Länder mit Finanzplätzen, die eine ähnliche Spezialisierung wie Zürich aufweisen. In Europa sind dies Irland, Luxemburg sowie die Kanalinseln Guernsey und Jersey, auf globaler Ebene Hongkong, Singapur und die Karibikinseln. Auch London ist ein wichtiger Standort in der internationalen Vermögensverwaltung. Ein direkter Wettbewerb mit Frankfurt, Mailand oder Paris existiert hingegen kaum.³⁰

24 Michael van Orsouw, Das vermeintliche Paradies. Eine historische Analyse der Anziehungskraft der Zuger Steuergesetze. Zürich 1995.

25 FCI, Finanzplatz (wie Anm. 23).

26 SWX, Jahresbericht 2003. Bei der Börsenkaptalisierung sind vor der Schweiz platziert: New York (NYSE), Tokyo, Nasdaq, London, Euronext (Amsterdam, Brüssel, Lissabon, Paris), Deutsche Börse und Toronto. Beim Aktienumsatz sind vor der Schweiz platziert: New York (NYSE), Nasdaq, London, Tokyo, Euronext (Amsterdam, Brüssel, Lissabon, Paris), Madrid und Italien.

27 Die Rangliste stammt von DWS Research auf der Basis von nationalen Statistiken. Vor der Schweiz sind platziert: USA, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Italien, Australien, Großbritannien, Japan und Kanada.

28 Anton Ladner, Finanzplatz Schweiz: Für Zürich ist Hopfen und Malz noch lange nicht verloren, in: Cash Nr. 2 vom 10. Januar 2003, S. 8.

29 FCI, Finanzplatz (wie Anm. 23), S. 10, Tab. 6. Globale Finanzplätze im Vergleich: Veränderung des Anteils an weltweiten Börsen: Zürich steigt ab (vier Prozent im Jahr 1995, zwei Prozent im Jahr 2001). London verliert allerdings auch etwas. Bei der Veränderung der Börsenkaptalisierung und der Veränderung des Anteils am Spot-Forex-Handel legt London jedoch klar zu.

30 Siehe den Beitrag von Reinhard H. Schmidt und Michael H. Grote in diesem Band.

II. Frieden und Kundenschutz

Wie lässt sich erklären, dass Zürich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Vermögensverwaltung zum weltweit führenden Zentrum geworden ist? Mit Sicherheit haben zwei kurzfristig wirkende Faktoren eine entscheidende Rolle gespielt. Erstens blieb die Schweiz von beiden Weltkriegen verschont, zweitens wurde die Vermögensverwaltung gegenüber dem Einfluss des Staates stärker abgeschirmt als in den meisten anderen europäischen Ländern. Zwei Regulierungen waren in diesem Zusammenhang relevant: das strenge Bankgeheimnis, das mit dem eidgenössischen Bankengesetz von 1934 eingeführt wurde, und die relativ nachsichtige Behandlung der Steuerhinterziehung. Nur Steuerbetrug – d. h. eine vorsätzliche Fälschung von Urkunden – wurde als Straftat definiert, nicht aber Steuerhinterziehung.³¹ Im letzteren Falle erfolgt nur ein verwaltungsrechtliches Verfahren, an dessen Ende als höchste Strafe eine Buße möglich ist, die „in der Regel das Einfache der hinterzogenen Steuer beträgt.“³² Da bei der internationalen Rechtshilfe das Erfordernis der beiderseitigen Strafbarkeit besteht, kooperiert die Schweiz also nur bei dem Verdacht des Steuerbetrugs mit ausländischen Steuer- und Strafbehörden.³³ Die Praxis nach 1945 beruhte auf dem Bundesbeschluss über die Erhebung einer Wehrsteuer vom Dezember 1940, der mehrmals verlängert wurde und erst 1995 vom Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer abgelöst wurde.

1. Frieden und Neutralität

Unbestritten profitierte die schweizerische Vermögensverwaltung im 20. Jahrhundert davon, dass die großen europäischen Nachbarländer in zwei Weltkriege verwickelt waren, die Schweiz aber militärisch unbesetzt blieb. Dabei waren es nicht einmal so sehr die Kampfhandlungen selbst, welche die Kapitalflucht aus Deutschland, Frankreich und Italien begünstigten, sondern die kostspieligen Aufbauprogramme nach den Weltkriegen, die mit Steuererhöhungen, Währungsentwertungen und nach dem Zweiten Weltkrieg auch mit Kapitalkontrollen verbunden waren. Aus den Abbildungen 1 und 2 geht hervor, dass die Zuwachsraten bei den Depots und den Depottiteln in den zwanziger und fünfziger Jahren deutlich höher waren als während der Kriege.

Zu diesem direkten Nutzen kam ein zweiter, indirekter: die Neutralität nach 1945. Der internationale Vergleich zeigt, dass alle westeuropäischen Kleinstaaten, die im Zweiten Weltkrieg von Deutschland besetzt worden waren, nach dem Krieg die Neu-

31 Die heute geltende Regelung lautet (Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer von 1995, Art. 185, Abs. 1): „Wer zum Zwecke einer Steuerhinterziehung [...] gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden wie Geschäftsbücher, Bilanzen, Erfolgsrechnungen oder Lohnausweise und andere Bescheinigungen Dritter zur Täuschung gebraucht, wird mit Gefängnis oder mit Busse bis zu 30.000 Franken bestraft.“ Der Steuerbetrug ist also als qualifizierte Steuerhinterziehung definiert. Vgl. Ferdinand Zuppinger/ Rebecca Brunner-Peters/ Robert P. Umbricht, *Das Recht der direkten Bundessteuer 1995*. Zürich 1993, S. 45, 422.

32 Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer von 1995, Art. 175, Abs. 2.

33 Erfordernis der beiderseitigen Strafbarkeit: Der Sachverhalt, der den Gegenstand des ausländischen Strafverfahrens bildet, muss auch bei Beurteilung nach schweizerischem Recht einen Straftatbestand erfüllen.

tralität aufgaben und 1949 der Nato beitraten. Schweden und die Schweiz hingegen, die beide Weltkriege militärisch unbeschadet überlebt hatten, blieben neutral. Der Vorteil der Neutralität für die Vermögensverwaltung bestand darin, dass sie den Ruf der Schweiz als sicheren Hafen für Fluchtgelder verfestigte. Zudem fungierte die Schweiz als wichtige politische und wirtschaftliche Drehscheibe während des Kalten Krieges, was Kanäle und Kontakte eröffnete, die andere kleine Länder nicht hatten. Aus diesem Beziehungsnetz ließen sich neue Kunden für die Vermögensverwaltung rekrutieren. Dass die Schweiz dabei keine Rücksicht auf die innenpolitischen Verhältnisse der Handelspartner nehmen wollte, wurde im Ausland allerdings nicht immer verstanden. Insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Regime Südafrikas brachte ihr große internationale Kritik ein.³⁴

In der schweizerischen Historiographie ist oft die These vertreten worden, dass man den militärischen Verlauf der Weltkriege nicht als exogenen Faktor anschauen dürfe. Hitler habe vielmehr genau überlegt, dass ihm eine unbesetzte Schweiz mit einem intakten Finanzplatz viel mehr Vorteile bringen würde als eine annektierte Schweiz. Dieses Kalkül soll vor allem in der entscheidenden Phase während des Frankreichfeldzugs im Juni 1940 ausschlaggebend gewesen sein. Der wichtigste Beleg für diese These ist ein Zitat von Henry Picker, der vorübergehend die Tischgespräche Hitlers im Führerhauptquartier (FHQ) notiert hat: „Als am 17. Juni das deutsche Panzerkorps des Generals Guderian bei Pontarlier die Schweizer Grenze erreichte, verbot Hitler mit Nachdruck jede Invasion der Schweiz. Uns im FHQ sagte er zu dem Problem „Schweiz“, dass dieses Land als Schutzmacht und als internationaler Knotenpunkt für diplomatische Aktivitäten, Spionage, Devisen-Geschäfte und die Lieferung von Mangelwaren (z. B. an Rüstungsgütern und Rüstungsrohstoffen) unvergleichlich wertvoller sei denn als Satellit.“³⁵

Diese These hält aber einer genaueren Überprüfung nicht stand. Wie Klaus Urner gezeigt hat, spielten wirtschaftliche Überlegungen in der frühen Phase des Krieges für Hitler und die Wehrmacht keine prominente Rolle. Zudem scheint die pointierte Aussage Hitlers eine Erfindung zu sein, denn es gibt keine Belege dafür, dass sich Picker im Juni 1940 im FHQ aufhielt.³⁶ Entscheidend war vielmehr, dass der bald abgeschlossene Waffenstillstand mit Frankreich es nicht nötig machte, die Schweiz als Durchgangsgebiet Richtung Südfrankreich zu nutzen.³⁷ Wiederum lohnt es sich, die Schweiz mit einem anderen Kleinstaat, den Niederlanden, zu vergleichen. Auch dieses Land mit seinen internationalen Finanz- und Handelsbeziehungen hätte, wäre es unbesetzt geblieben, als „internationaler Knotenpunkt“ für die Achsenmächte dienen können. Die militärische Planung Hitlers sah aber vor, Frankreich von Norden über die Benelux-Länder anzugreifen.

34 Sandra Bott, *Les intérêts financiers helvétiques au pay de l'apartheid. Politique de la Suisse officielle et réactions face aux critiques nationales et internationales (1960–2004)*, in: *Traverse* 11/3 (2004), S. 129–142.

35 Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*. Bonn 1951, S. 420.

36 Klaus Urner, „Die Schweiz muss noch geschluckt werden!“ Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. Paderborn 1991, S. 22.

37 Ebd., S. 74.

Nach der Eroberung Frankreichs, als die Schweiz vollständig von den Achsenmächten umschlossen und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit gezwungen war, dürften die nützlichen Dienste des schweizerischen Finanzplatzes eine gewisse Bedeutung für das militärische Überleben gehabt haben. Wie wichtig diese jedoch waren, ist umstritten. In jedem Fall wäre es aber unzulässig, die wirtschaftliche Zusammenarbeit als entscheidenden Friedensgarant anzusehen. Der Verlauf des Weltkrieges blieb bis zum Schluss durch exogene Ereignisse bestimmt, nicht durch die Lieferungen und Finanzdienste der schweizerischen Wirtschaft.³⁸

Die nützlichen Dienste des Finanzplatzes bestanden vor allem darin, Gold der Deutschen Reichsbank gegen Schweizer Franken und andere international konvertible Devisen umzutauschen. Ab Anfang 1943 wurde die Schweiz deshalb zunehmend von den Alliierten kritisiert, die in Erfahrung gebracht hatten, dass es sich bei diesem Gold teilweise auch um Raubgold aus den besetzten Gebieten handelte. Die Kritik hatte keine praktische Wirkung, obwohl auch die Nationalbank-Direktoren wussten, dass die Goldkäufe problematisch waren. Sie setzten ihre Praxis bis ins Frühjahr 1945 fort. Unmittelbar nach dem Krieg verstärkten die Alliierten ihren Druck; die Schweiz war international weitgehend isoliert und wurde als großer Profiteur des Krieges angeprangert. Durch die Unterzeichnung des Abkommens von Washington im Mai 1946, das die schweizerische Regierung zu einer Zahlung von 250 Mio. Franken verpflichtete, konnte sich die Schweiz wieder aus ihrer außenpolitischen Isolation lösen.³⁹

2. Kundenschutz, Bankgeheimnis und Steuergesetzgebung

Der zweite kurzfristig wirkende Wettbewerbsvorteil bestand darin, dass die schweizerische Gesetzgebung die Bankkunden und ihre Vermögen relativ stark gegen den Einfluss des Staates abschirmte. Zwei schweizerische Regelungen waren entscheidend: das strenge Bankgeheimnis und die nachsichtige Behandlung der Steuerhinterziehung. Dieser doppelte Schutz, den man fälschlicherweise meist nur als „Bankgeheimnis“ bezeichnet, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum eigentlichen Markenzeichen des Finanzplatzes. Ein Konto in der Schweiz galt als relativ sicher, unabhängig davon, aus welchen Quellen das Vermögen stammte. Erst seit den späten siebziger Jahren, als mehrere Skandale den Ruf des Finanzplatzes schädigten, ist die Sorgfaltspflicht bei der Entgegennahme von fremden Geldern eingeführt worden.⁴⁰ Heute zählt die Schweiz zu

38 Thomas Maissen, Die Raubgoldproblematik 1933–1955, in: Joseph Jung (Hrsg.), Zwischen Bundeshaus und Paradeplatz. Die Banken der Credit Suisse Group im Zweiten Weltkrieg. Studien und Materialien. Zürich 2001, S. 296 ff.; Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK), Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht. Zürich 2002, S. 253 f. Die These, dass die Schweiz den Krieg verlängert hat, ist durch die Forschungen der UEK entkräftet worden. Vgl. ebd., S. 543 f.

39 Vincent Crettol/ Patrick Halbeisen, Die währungspolitischen Hintergründe der Goldtransaktionen der Schweizerischen Nationalbank im Zweiten Weltkrieg. Zürich 1999; Maissen, Raubgoldproblematik (wie Anm. 38); UEK, Schweiz (wie Anm. 38), S. 243–260.

40 Für einen Überblick der Gesetze siehe: Philippe Braillard/ Oleg Guy Betcher/ Graziano Lusenti, Der Finanzplatz Schweiz. Regierungspolitik und internationale Konkurrenzfähigkeit. Genf 1987;

den Ländern mit dem besten Abwehrdispositiv gegen Gelder krimineller Herkunft, vor allem im Vergleich zu London.⁴¹

Das Motiv dafür, die Kundendepots vor dem Zugriff des Staates zu schützen, ist in der Entstehungsgeschichte des Bankgeheimnisses klar fassbar. In den dreißiger Jahren erhöhten Deutschland und Frankreich ihren Druck auf die Schweizer Behörden mit dem Ziel, die Banken zur Herausgabe von Daten über ausländische Kunden zu zwingen. Beide Länder hatten noch immer mit den negativen Folgen des Ersten Weltkrieges zu kämpfen, und während der Krise der dreißiger Jahre nahmen die Staatsdefizite stark zu. Deutsche Beamte versuchten seit der Einführung der Devisenbewirtschaftung im August 1931, mehr über die Steuerflucht in die Schweiz in Erfahrung zu bringen. Im Oktober 1931 entdeckte die Nationalbank erstmals solche Bemühungen. Der deutsche Agent Arthur Pfau versuchte, Angestellte der Schweizerischen Bankgesellschaft dazu anzustiften, Informationen über Guthaben und Depots von deutschen Kunden zu verraten. Pfau wurde jedoch von den Bankangestellten angezeigt und von der Fremdenpolizei außer Landes gewiesen. Im Juni und August 1932 entließ der Schweizerische Bankverein drei Angestellte der Filiale in Schaffhausen, die Adressen von deutschen Kunden weitergegeben hatten, was umgehend zu Verhaftungen in Deutschland geführt hatte. Auch die Zürcher Kantonalbank war Anfang 1933 mit ähnlichen Fällen konfrontiert.⁴²

Die Nationalbank versuchte, gerichtlich gegen die Bankspione vorzugehen. Die Zürcher Untersuchungsbehörden argumentierten jedoch, dass es keine gesetzliche Grundlage gebe. Die Nationalbank intervenierte daher beim Finanzministerium, das angesichts der fortdauernden Bankenkrise einen Vorschlag für ein eidgenössisches Bankengesetz ausarbeiten ließ. Im Entwurf vom 24. Februar 1933 wurde das Anliegen der Nationalbank berücksichtigt. Auch die Bundesanwaltschaft drängte darauf, dass ein strenges Bankgeheimnis im Gesetz verankert werden müsse.⁴³ Der Vorschlag der Nationalbank überlebte alle Überarbeitungen und Veränderungen. Im November 1934 wurde das erste eidgenössische Bankengesetz fast einstimmig angenommen.⁴⁴ Die entscheidende Passage in Artikel 47 lautete: „Wer vorsätzlich als Organ, Beamter, Angestellter einer Bank, als Revisor oder Revisorgehilfe, als Mitglied der Bankenkommision, Beamter oder Angestellter ihres Sekretariats die Schweigepflicht oder das Berufsgeheimnis verletzt, wer hierzu verleitet oder zu verleiten sucht, wird mit Buße bis zu

ferner: Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)/ Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Finanzplatz Schweiz. Übersicht über wichtige Themenbereiche und Entwicklungen im Finanzbereich. Bern 2003.

41 Ebd., S. 28 ff.; zur schwachen Regulierung in London siehe: Transparency International (UK), Global Corruption Report 2004. London 2004.

42 Hugo Bänziger, Vom Sparerschutz zum Gläubigerschutz – die Entstehung des Bankengesetzes im Jahre 1934, in: Eidgenössische Bankenkommision (Hrsg.), Jubiläumsschrift – 50 Jahre eidgenössische Bankenaufsicht. Zürich 1985, S. 74.

43 Robert Urs Vogler, Das Bankgeheimnis – seine Genese im politisch-wirtschaftlichen Umfeld, in: Schweizerische Monatshefte 80 (2000), S. 37–43, hier S. 41. Vogler zitiert einen Vertreter des Eidgenössischen Justizdepartements, der in der Expertenkonferenz vom 18. Januar 1934 zum Bankengesetz erklärte: „Die Bundesanwaltschaft legt auf letztere Bestimmung [Bankgeheimnis] besonderen Wert, namentlich im Hinblick auf die Bankspionage des Auslandes.“

44 Bänziger, Sparerschutz (wie Anm. 42), S. 75, 78.

20.000 Franken oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Buße bis zu zehntausend Franken.⁴⁵ Damit stellten die Verletzung des Bankgeheimnisses und die Verleitung dazu ein Officialdelikt dar, d. h. eine strafbare Handlung, die von Amtswegen, also ohne Rücksicht auf den Willen des Verletzten, verfolgt werden musste. Zuvor waren diese Handlungen zivilrechtlich im Rahmen des Obligationenrechts geregelt worden.

Auch Frankreich verstärkte seine Bemühungen, gegen Fiskaldelikte vorzugehen. Im Oktober 1932 waren die Pariser Büros der Basler Handelsbank, einer der acht Schweizer Großbanken, von den französischen Behörden durchsucht worden. Dabei fanden sie klare Belege dafür, dass viele reiche französische Bürger seit langem Steuerhinterziehung praktizierten, indem sie enorme Summen in die Schweiz transferierten. Der Skandal war enorm. Am 10. November debattierte das französische Parlament darüber und der Finanzminister kündigte an, künftig aggressiver gegen Steuerhinterziehung vorzugehen, was viele französische Anleger verunsicherte. Die Schweizer Behörden lehnten zwar jede internationale Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung ab, aber die Entschlossenheit der französischen Regierung dürfte den Willen, ein strenges Bankengeheimnis gesetzlich zu verankern, zusätzlich gefördert haben.⁴⁶

Das Motiv, die Vermögen deutscher Juden gegen den Zugriff der Nazi-Behörden zu schützen, scheint hingegen unwichtig gewesen zu sein. Es findet sich kein einziger Beleg in den Akten, weder für die vorparlamentarische Phase noch für die Parlamentsdebatte.⁴⁷ Ein Schweizer Historiker vermutet, „dass die politische Linke Ende 1933 den Schutz des Bankgeheimnisses befürwortete, weil es die Vermögen von politisch Verfolgten schützte.“ Aber selbst er kommt zum Schluss, dass der Schutz der Vermögen jüdischer Flüchtlinge „nur eine untergeordnete Rolle“ gespielt habe.⁴⁸ Im Gegenteil scheinen die Schweizer Banken keine besondere Sympathie für die jüdischen Flüchtlinge und ihre ermordeten Verwandten entwickelt zu haben, wie der unsensible Umgang mit den nachrichtenlosen Vermögen nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt.⁴⁹

Auch innerschweizerische Entwicklungen scheinen viele Bankenvertreter dazu bewegt zu haben, ein strengeres Bankgeheimnis einzufordern. Vor allem die Entscheide des Bundesgerichts beunruhigten die Bankkreise: 1930 entschied es, dass Banken bei einer Sequestrierung – also bei einer gerichtlich angeordneten Übergabe einer strittigen Sache an einen Dritten – künftig leichter gezwungen werden konnten, das Bankgeheimnis aufzuheben und Informationen über ihre Kunden herauszugeben. Die Bankenvertreter versuchten, den Entscheid mit Rekursen rückgängig zu machen – jedoch

45 Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen, Art. 47.

46 Sébastien Guex, The Origins of the Swiss Banking Secrecy Law and its Repercussions for Swiss Federal Policy, in: *Havard Business History Review* 74 (2000), S. 247–252; Peter Hug, Steuerflucht und die Legende vom antinazistischen Ursprung des Bankgeheimnisses. Funktion und Risiko der moralischen Überhöhung des Finanzplatzes Schweiz, in: Jakob Tanner/ Sigrid Weigel (Hrsg.), *Gedächtnis, Geld und Gesetz. Vom Umgang mit der Vergangenheit des Zweiten Weltkriegs*. Zürich 2002, S. 269–319, hier S. 288–292.

47 Bänziger, Sparerschutz (wie Anm. 42), S. 75 f.; Guex, Origins (wie Anm. 46), S. 237–240; Hug, Steuerflucht (wie Anm. 46), S. 269–288.

48 Bänziger, Sparerschutz (wie Anm. 42), S. 76.

49 UEK, Schweiz (wie Anm. 38), S. 441–516.

ohne Erfolg. Sie fürchteten, dass ausländische Steuerbehörden über das Mittel der Sequestrierung Informationen über die Schweizer Banken erzwingen könnten. In der Tat versuchten die französischen Behörden, auf diesem Wege mehr über ihre Steuerhinterzieher zu erfahren, aber ebenfalls erfolglos. 1931 schützte das Bundesgericht eine Vorschrift im Steuerrecht des Kantons Freiburg, die Banken und Sparkassen dazu verpflichtete, Ende des Jahres ein Verzeichnis mit allen auf den Namen lautenden Deposita beim kantonalen Finanzministerium einzureichen. 1932 entschied das Bundesgericht, die Denunziationen einer Grenzgängerin zu schützen. Diese hatte den französischen Steuerbehörden verraten, dass sie jahrelang bei der Steuerhinterziehung eines französischen Unternehmers mitgeholfen habe, indem sie regelmäßig Bargeld über die Grenze schmuggelte und auf Schweizer Banken brachte.⁵⁰

Anders als bei der Einführung des Bankgeheimnisses spielten Spionage und Drohungen des Auslands bei der Steuergesetzgebung keine Rolle. Es entsprach vielmehr der liberalen Tradition des schweizerischen Bundesstaats, dass nur Steuerbetrug und nicht Steuerhinterziehung als Straftat definiert wurde. Das Steuergesetz, das die Praxis nach 1945 lenkte, war in der Frühphase des Zweiten Weltkriegs erlassen worden. Die schweizerische Regierung war damals dringend auf Einnahmen angewiesen, um die außerordentlichen Ausgaben für die Landesverteidigung zu finanzieren. Im Bundesratsbeschluss über die Erhebung einer Wehrsteuer vom 9. Dezember 1940 wurde eine klare Unterscheidung zwischen zwei Formen von Steuerdelikten gemacht (Artikel 129), die bis heute gilt und 1995 im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer im Prinzip unverändert geblieben ist.⁵¹

Diese schweizerische Besonderheit erlangte seit den späten fünfziger Jahren Bedeutung, als die europäischen Länder begannen, bei der Bekämpfung von Steuerdelikten intensiver miteinander zu kooperieren. Ein Meilenstein war das 1959 beschlossene Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen. Den Schweizer Behörden gelang es, diese internationale Kooperation nur selektiv mitzutragen: Die Schweiz trat 1967 dem europäischen Rechtshilfeabkommen bei, hielt aber weiterhin an der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug fest. Im Bundesgesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRSG), das 1983 in Kraft trat und bis heute maßgeblich ist, heißt es: „Einem Ersuchen [auf internationale Rechtshilfe] wird nicht entsprochen, wenn Gegenstand des Verfahrens eine Tat ist, die auf eine Verkürzung fiskalischer Abgaben gerichtet erscheint oder Vorschriften über währungs-, handels- oder wirtschaftspolitische Maßnahmen verletzt. Jedoch kann einem Ersuchen um Rechtshilfe [...] entsprochen werden, wenn Gegenstand des Verfahrens ein Abgabebetrug ist.“⁵²

50 Guex, Origins (wie Anm. 46), S. 253; Hug, Steuerflucht (wie Anm. 46), S. 294 f.

51 Peter Agner/ Beat Jung/ Gotthard Steinmann, Kommentar zum Gesetz über die direkte Bundessteuer. Zürich 1985, S. 466.

52 Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Art. 3, Abs. 3.

3. Zwei Probleme

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass sich der Aufstieg Zürichs mit dem Hinweis auf die lange Friedenszeit und den strengen Kundenschutz zu einem großen Teil erklären lässt. Dennoch vermögen diese beiden Aspekte ganz zentrale Elemente der Geschichte nicht zu erfassen, da ihnen die internationale Perspektive fehlt. Zwei Probleme bleiben offen:

Erstens stimmt es zwar, dass Zürich erst nach 1945 in die oberste Liga aufgestiegen ist. Aber die Vermögensverwaltung blühte bereits vor dem Ersten Weltkrieg und in den zwanziger Jahren auf, auch wenn das erreichte Niveau deutlich niedriger war als nach 1945. Bereits 1913 betrug der Wert der Depottitel beim Bankverein dreimal mehr als die Bilanzsumme.⁵³ Zu jener Zeit besaß die Schweiz kein besonders strenges Bankgeheimnis, sondern regelte die Beziehung zwischen Bank und Kunden zivilrechtlich innerhalb des Obligationenrechts.⁵⁴ Sie war auch keineswegs der einzige europäische Kleinstaat, der den Ersten Weltkrieg unbeschadet überstanden hatte: Auch Holland und die skandinavischen Länder konnten ihre Neutralität aufrecht erhalten.

Es hätten also durchaus auch andere neutrale Finanzplätze vom Ersten Weltkrieg bzw. von der zunehmend angespannten Lage zwischen Deutschland und Frankreich vor 1914 profitieren können. Aber es war die Schweiz, die bereits Ende der zwanziger Jahre als „größter Vermögensverwalter des Kontinents“ bezeichnet wurde.⁵⁵ Amsterdam und Stockholm profitierten zwar auch von Kapitalzuflüssen, aber interessanterweise fasste die Vermögensverwaltung dort nicht richtig Fuß. Amsterdam wurde während der Inflationszeit von den deutschen Banken und Unternehmen als Finanzzentrum genutzt.⁵⁶ Stockholm profitierte vom Ansehen, das es durch die Geschäfte des Zündholzkönigs Ivar Kreuger in den zwanziger Jahren erlangte.⁵⁷

Dies alles deutet darauf hin, dass die Schweiz zusätzliche Vorteile für die privaten Anleger bot. Im nächsten Kapitel wird argumentiert, dass vor allem drei Faktoren in die Erklärung einbezogen werden müssen: die besonders enge, auch kulturelle Verflechtung mit den großen europäischen Nachbarn, die lange Erfahrung in der internationalen Vermögensverwaltung und die hohe Stabilität des Bankensystems. In den skandinavi-

53 Vgl. Tab. 1.

54 Im Übrigen war Holland das erste westeuropäische Land, das die Verletzung des Bankgeheimnisses strafrechtlich regelte. Vgl.: Georges Capitaine, *Le secret professionnel du banquier en droit suisse et en droit comparé*. Genf 1936, S. 34 (bes. Anm. 1), 208.

55 Somary, *Wandlungen* (wie Anm. 4), S. 99; ferner: Herrmann Kurz/Gottlieb Bachmann, *Die schweizerischen Grossbanken, ihre Geschäftstätigkeit und ihre wirtschaftliche Bedeutung*. Zürich/Leipzig 1928, S. 202. Dort heißt es: „In engem Zusammenhang mit dem Effektenkommissions- und Placierungsgeschäft steht die Entgegennahme von Wertpapieren zur Aufbewahrung und Verwaltung. Ähnlich wie das Placierungsgeschäft hat auch diese Branche der Bankbetätigung namentlich in den letzten dreißig Jahren einen großen Aufschwung genommen, und die Abteilung der Wertchriften- und Depotverwaltung gehört heute zu den meistbevölkerten Bureaux der Grossbanken.“

56 Johannes Houwink ten Cate, *Amsterdam als Finanzplatz Deutschlands (1919–1932)*, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.), *Konsequenzen der Inflation*. Berlin 1989, S. 149–179.

57 Eine gute Zusammenfassung der Kreuger-Geschichte, die in den siebziger Jahren umfassend erforscht wurde, findet sich bei Håkan Lindgren, *The Kreuger Crash of 1932*. In *Memory of a Financial Genius, or Was he Simple Swindler?*, in: *Scandinavian Economic History Review* 30 (1982), S. 189–206.

schen Länder fehlten alle diese Faktoren, und in Luxemburg war nur einer vorhanden: die enge Verflechtung mit Deutschland und Frankreich. Einzig die holländischen Banken kamen als ernsthafte Konkurrenten in Frage, denn auch sie verfügten über eine jahrhundertalte Erfahrung in der Vermögensverwaltung und zeichneten sich durch eine große Stabilität aus. Aber die Niederlande waren nicht in demselben Maße kulturell mit Deutschland und Frankreich verflochten wie die Schweiz.

In hohem Maße ist der Erfolg Zürichs nach 1945 auch darauf zurückzuführen, dass die Schweiz den Kapitalverkehr nicht kontrollierte und eine stabile Währung besaß. Denn die ausländischen Kunden kamen unter anderem auch deshalb in die Schweiz, weil sie die Anlagen in Schweizer Franken für besonders sicher und berechenbar hielten. Die kurzfristige Sicht unterstellt, dass dies mit dem Abseitsstehen der Schweiz während des Zweiten Weltkrieg erklärt werden kann. Dies entspricht aber nicht den Tatsachen, wie der Vergleich mit Schweden zeigt. Denn auch Schweden überstand den Zweiten Weltkrieg ohne militärische Besetzung, fungierte zudem wie die Schweiz während des Krieges als Drehscheibe für die Goldtransaktionen Nazi-Deutschlands und behielt auch nach 1945 die Neutralität.⁵⁸ Dennoch entschied die schwedische Regierung nach dem Krieg, den Kapitalverkehr zu kontrollieren, und in den siebziger Jahren gehörte die schwedische Krone wegen der hohen Inflationsrate zu den schwächeren Währungen Europas. Eine solche Politik war nicht vereinbar mit einer starken Stellung in der internationalen Vermögensverwaltung. Es reichte also für die Schweiz nicht, ein Bankgeheimnis und eine intakte Wirtschaft zu haben, es brauchte auch eine konservativ-liberale Wirtschaftspolitik, welche den Finanzplatz offen und die Währung stabil hielt.

III. Vier zusätzliche Faktoren

1. Internationale Verflechtung

Ein zusätzlicher Vorteil der Schweiz war der hohe Grad an internationaler Verflechtung.⁵⁹ Zwar sind alle kleinen Volkswirtschaften Europas überdurchschnittlich mit dem Ausland verflochten, aber zwei Elemente haben der schweizerischen Integration eine besondere Qualität verliehen. Erstens ist die Schweiz der einzige Kleinstaat Europas, der von drei großen Ländern umringt ist und dank der Vielsprachigkeit besonders enge kulturelle Beziehungen zu ihnen unterhält. Damit ist das Reservoir an potentiellen Fluchtgeldern aus dem unmittelbaren Ausland wesentlich höher als bei anderen Kleinstaaten und die gemeinsame Sprache schafft eine Nähe, die gerade in der Vermögensverwaltung – einem sehr persönlichen Geschäft – vorteilhaft ist. Andere Kleinstaaten haben entweder nur zwei große Nachbarn (Benelux) oder liegen peripher (Skandinavi-

58 Schweden übernahm während des Krieges rund 60 Tonnen Gold aus Deutschland. Siehe dazu den Bericht, der im Auftrag der schwedischen Zentralbank (Sveriges Riksbank) verfasst wurde: Harry Flam, *The Gold Transactions of Sveriges Riksbank with Nazi Germany*. Report to the Riksbank by the Independent Archives Inquiry. Stockholm 1997. Zur Schweiz siehe UEK, *Schweiz* (wie Anm. 38), S. 243–260.

en). Mit der Ausnahme von Luxemburg sind sie wegen der sprachlichen Distanz kulturell weniger eng mit dem Ausland verflochten.⁶⁰

Zweitens ist die Schweiz seit dem 19. Jahrhundert ein wichtiges touristisches Zentrum für die Mittel- und Oberschichten aus Europa und seit 1945 auch aus anderen Kontinenten. Ein Schweizer Privatbankier hat die Verbindung von Vermögensverwaltung und Hotellerie unlängst folgendermaßen umschrieben: „Die Schweiz war bis anhin auf dem europäischen Kontinent so etwas wie ein Fünfsternehotel. Jedenfalls werden wir vom Ausland so wahrgenommen.“⁶¹ Dank dem Tourismus vergrößerte sich die Zahl der potentiellen Kunden in der Vermögensverwaltung und die bereits gewonnenen Kunden mussten nicht eigens eine Reise antreten, um mit ihren Beratern zusammenzutreffen.⁶² Außerdem erregte es keinerlei Aufsehen, wenn Deutsche, Franzosen oder Italiener mehrmals pro Jahr für wenige Tage die Schweiz besuchten, um Geld zu transferieren und ihre Bank zu kontaktieren.

Mit dem entstehenden Tourismus reisten zunächst nur vereinzelte Gäste aus England in die Schweiz, ab 1850 strömten jedoch größere Reisegruppen aus ganz Europa jeweils im Sommer in die Schweizer Alpen. Ende des 19. Jahrhunderts entstand in einigen Bündner und Walliser Tälern der Wintertourismus, insbesondere im Engadin und in Zermatt. Vor dem Ersten Weltkrieg beschäftigte die Tourismusbranche mehr als 43.000 Personen, die Zahl der Hotels und Fremdenpensionen, die eine Aufnahmekapazität von 385.000 Betten aufwiesen, betrug 12.000 – ein Wert, der seither nie mehr erreicht wurde.⁶³ Charakteristisch für jene Zeit war, dass zwar nur eine relativ kleine Oberschicht regelmäßig in die Schweiz kam, aber in der Regel mehrere Wochen oder gar Monate blieb. Das dürfte auch die Tuchfühlung zu den Schweizer Bankiers erleichtert haben.

In der Zwischenkriegszeit stagnierte das Tourismusgeschäft, dafür waren nun aber auch vermehrt Angehörige der oberen Mittelschichten finanziell in der Lage, in die Schweiz zu reisen. Nach dem Zweiten Weltkrieg expandierte das Geschäft von neuem, Mitte der sechziger Jahre setzte der Winter-Massentourismus ein.⁶⁴ Die Schweiz profitierte zudem von der Attraktivität Italiens für die Nordeuropäer. Vor allem deutsche Touristen wählten mit Vorliebe die Route über die Schweizer Alpen. Dies erlaubte ihnen, in Basel oder Zürich einen Zwischenhalt einzulegen und die laufenden Geschäfte mit ihrem Bankier zu besprechen. In einem deutschen Ratgeber zum Thema „Ein Kon-

to im Ausland“ wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die meisten Wege in den Süden „ohne wesentlichen Umweg eine Stippvisite bei einer Schweizer Bank“ erlauben.⁶⁵

Was die Verflechtung mit dem außereuropäischen Ausland anbelangt, so war die Schweiz keineswegs einzigartig. Im Gegenteil war zum Beispiel Amsterdam seit dem Aufkommen des Atlantikhandels viel stärker in die Weltwirtschaft eingebunden als die Schweizer Kleinstädte. Belgien und die Niederlande besaßen zudem Kolonialreiche in Afrika bzw. in Asien. Aber wenn man einen Vergleich mit den skandinavischen Ländern anstellt, so ist frappierend, wie intensiv die „marchands-banquiers“ in Basel, Genf, St. Gallen und Zürich bereits in der Frühen Neuzeit ihre Handels- und Kontaktetze in Afrika, Amerika und Asien aufbauten, um Rohstoffe zu kaufen und Fertigwaren abzusetzen.⁶⁶ Diese Beziehungen intensivierten sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, als die schweizerischen Großunternehmen ausländische Tochtergesellschaften gründeten.⁶⁷ Die Großbanken, die diese internationale Expansion mitfinanzierten, konnten dadurch zahlreiche Kontakte zu reichen Privatpersonen in allen außereuropäischen Kontinenten knüpfen und damit den Kundenkreis erweitern.

Die intensiven weltwirtschaftlichen Beziehungen machten die Schweiz auch zu einer wichtigen Drehscheibe des internationalen Handels, was wiederum neue Kundenbeziehungen in der Vermögensverwaltung ermöglichte. Besonders illustrativ ist in diesem Zusammenhang die Stellung der Schweiz im Banknotenhandel. Weil die Schweiz an große Nachbarn mit wichtigen internationalen Währungen (Deutsche Mark, Französischer Franc) grenzte und nach 1945 ein wichtiger Standort im Goldhandel war, entwickelte sie sich zu einem wichtigen Zentrum des Notenhandels. So kamen beispielsweise Notenhändler aus dem Nahen Osten mit europäischen Noten, die sie im Tourismusgeschäft erworben hatten, in die Schweiz und verkauften sie gegen Gold an die Banken. Daraus ergaben sich wiederum neue Kontakte zur Oberschicht im Nahen Osten.

59 Für einen aktuellen Forschungsüberblick zu diesem Thema siehe: Hans-Jörg Gilomen/ Margit Müller/ Béatrice Veyrassat (Hrsg.), Globalisierung – Chancen und Risiken. Die Schweiz in der Weltwirtschaft 18.–20. Jahrhundert (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 19), Zürich 2004.

60 In Luxemburg sind Luxemburgisch, Deutsch und Französisch Landessprachen.

61 Konrad Hummler, Schengen verlangt eine differenzierte Debatte, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19. November 2004, S. 15. Der Verfasser des Artikels, Konrad Hummler, ist geschäftsführender Teilhaber der Privatbank Wegelin in St. Gallen.

62 Hans J. Bär, Seid umschlungen, Millionen. Ein Leben zwischen Pearl Harbor und Ground Zero. Zürich 2004, S. 420.

63 Jean-François Bergier, Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Zürich 1990, S. 317–323.

64 Werner Bätzing, Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. München 2003, S. 143–150.

65 Reinhart Knapp, Ein Konto im Ausland. Anlagemöglichkeiten in der Schweiz, Luxemburg, Liechtenstein, Österreich und den Niederlanden. Zürich/ Freiburg i. Br. 1990, S. 63.

66 Allgemeine Darstellungen zur schweizerischen Wirtschaftsgeschichte seit dem Spätmittelalter: Albert Hauser, Schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Erlenbach-Zürich/ Stuttgart 1961; François Bergier, Die Schweiz 1350–1650, in: Wolfram Fischer/ Jan A. van Houtte/ Hermann Kellenbenz/ Ilja Mieß/ Friedrich Vittinghoff (Hrsg.), Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 3: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom ausgehenden Mittelalter bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts. Stuttgart 1986, S. 894–926; Martin Körner, Die Schweiz 1650–1850, in: ebd., Bd. 4: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1993, S. 589–617; Hansjörg Siegenthaler, Die Schweiz 1850–1914, in: ebd., Bd. 6: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Stuttgart 1987, S. 482–512; ders., Die Schweiz 1914–1984, in: ebd., Bd. 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1985, S. 443–473; Bergier, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 63); Mario König, Wohlhabenheit. Vom Erfolg einer kleinen offenen Volkswirtschaft, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen. Frankfurt am Main 1998, S. 265–289.

67 Harm Schröter, Aufstieg der Kleinen. Multinationale Unternehmen aus fünf kleinen Staaten vor 1914. Berlin 1991.

2. Erfahrung in der Vermögensverwaltung⁶⁸

Ein zweiter Faktor, der den Aufstieg Zürichs im 20. Jahrhundert erklärt, ist die lange Erfahrung in der Vermögensverwaltung. Als das Geschäft um 1900 zu florieren begann, waren die Schweizer Bankiers bereits seit Jahrhunderten mit der Entgegennahme und der Anlage von ausländischen Geldern vertraut. Die Wurzeln dieses Geschäfts lagen in Basel und Genf, die bereits im Spätmittelalter wichtige Handels- und Finanzplätze waren und Kapital exportierten.⁶⁹ Genf war im 14. Jahrhundert einer der bedeutendsten Messeplätze Europas, Basel während des Konzils (1431–49).⁷⁰ Nach einer Periode des Niedergangs entwickelten sich Basel und Genf dank der Immigration von Glaubensflüchtlingen aus Frankreich und Norditalien zu wichtigen Standorten der für den Export produzierenden Verlagsindustrie, was wiederum die Bankgeschäfte beflügelte. Genf war ein Zentrum in der Seiden-, Uhren- und Schmuckindustrie, Basel in der Seiden- und Seidenbandindustrie.⁷¹ Im 17. und 18. Jahrhundert gehörten die Genfer „marchands-banquiers“ zu den wichtigsten Kreditgebern der französischen Krone, und die Verwaltung ausländischer Vermögen war bereits damals ein wichtiger Geschäftszweig.⁷² Es wird geschätzt, dass die Genfer Banken in den ersten Jahren des Spanischen Erbfolgekriegs (1701–14) rund die Hälfte der französischen Ausgaben finanzierten.⁷³ Um 1800 wurden die Genfer Privatbanken gegründet, die heute noch existieren: Darier, Hentsch, Lombard, Odier, Mirabeau und Pictet. Basel war bis Mitte des 19. Jahrhunderts der beherrschende Finanzplatz für die deutsche Schweiz und Südwestdeutschland – eine Position, welche die RheinStadt bereits seit dem 14. Jahrhundert innegehabt hatte.⁷⁴

68 Zur schweizerischen Bankengeschichte vgl. die Literaturübersicht in Cassis, *Histoire* (wie Anm. 11). Besonders zu erwähnen sind: Max Iklé, *Die Schweiz als internationaler Bank- und Finanzplatz*. Zürich 1970; Franz Ritzmann, *Die Schweizer Banken. Geschichte, Theorie, Statistik*. Bern 1973; Louis H. Mottet (Hrsg.), *Geschichte der Schweizer Banken. Bankier-Persönlichkeiten aus fünf Jahrhunderten*. Zürich 1987; Martin Körner, *Schweiz*, in: Hans Pohl (Hrsg.), *Europäische Bankengeschichte*. Frankfurt am Main 1993, S. 279–285, 415–418, 551–560; Youssef Cassis/Jakob Tanner, *Finance in Financiers in Switzerland, 1880–1960*, in: Youssef Cassis (Ed.), *Finance and Financiers in European History*. Cambridge 1992, S. 293–316; dies. (Hrsg.), *Banken und Kredit in der Schweiz (1850–1930)*. Zürich 1993; Youssef Cassis, *Switzerland/Liechtenstein*, in: Manfred Pohl/Sabine Freitag (Eds.), *Handbook on the History of European Banks*. Aldershot 1994, S. 1015–1133; Jakob Tanner, *Die internationalen Finanzbeziehungen der Schweiz zwischen 1931 und 1950*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 47 (1997), S. 492–519; Youssef Cassis, *Commercial Banks in the 20th Century Switzerland*, in: ders. (Ed.), *The Evolution of Financial Institutions and Markets in the Twentieth Century Europe*. Aldershot 1995, S. 64–77; Hans Bauer/Warren J. Blackman, *Swiss Banking. An Analytical History*. Basingstoke/London 1998.

69 Julius Landmann, *Der schweizerische Kapitalexpert*, in: *Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* 52 (1916), S. 389–415.

70 Bauer/Blackman, *Swiss Banking* (wie Anm. 68), S. 29–33.

71 Rudolf Braun, *Das ausgehende Ancien Régime in der Schweiz. Aufriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts*. Göttingen/Zürich 1984, S. 114–123.

72 Louis H. Mottet, *Genfer Bankiers*, in: ders., *Geschichte* (wie Anm. 68), S. 52 f.; Cassis, *Switzerland/Liechtenstein* (wie Anm. 68), S. 1015.

73 Iklé, *Schweiz* (wie Anm. 68), S. 12.

74 Hans Conrad Peyer, *Von Handel und Banken im alten Zürich*. Zürich 1968, S. 15.

Zwei Gründe erklären, warum sich Basel und Genf relativ früh zu sicheren Häfen für ausländische Vermögen entwickelten. Es sind dieselben, die auch im 20. Jahrhundert entscheidend waren: die geographische Lage und die politische Stabilität. Basel und Genf liegen beide an großen Flüssen, die bis zur Industrialisierung die wichtigsten Verkehrswege waren. Die politische Stabilität war das Resultat einer bewussten Politik. Was die Außenpolitik betraf, haben die Schweizer Kantone nach der verlorenen Schlacht von Marignano (1515) und dem Friedensschluss mit dem französischen König Franz I. nur noch vereinzelt Angriffskriege gewagt.⁷⁵ Sie hatten erkannt, dass die Einführung der Feldartillerie und der Musketen die Finanzkraft der Schweizer Kantone überforderte.⁷⁶

Während des Dreißigjährigen Kriegs verhielten sich die Schweizer Kantone neutral und versuchten 1647 erstmals, zur Verteidigung der Neutralität eine gemeinsame Landesverteidigung aufzubauen (Defensionale von Wil). Die einzige Ausnahme war Zürich, das mit Schweden ein Bündnis einging und Frankreich in Graubünden und im Veltlin unterstützte. Im Westfälischen Frieden von 1648 wurde die Unabhängigkeit der Schweiz (und der Niederlande) vom Reich anerkannt. 1674 erklärte die Tagsatzung, die gemeinsame Versammlung der eidgenössischen Orte, erstmals ausdrücklich die Neutralität der Schweiz. Der Wiener Kongress erkannte die Neutralität 1815 völkerrechtlich an. Die einzige Phase, in der die Schweiz in europäische Kriegswirren geriet, war die französische Besatzungszeit, die von 1798 bis 1814 dauerte. Sie hinterließ jedoch keine bleibenden materiellen oder politischen Schäden, sondern hatte im Gegenteil auch positive Wirkungen: Sie ermöglichte politische Experimente, aus denen man wichtige Lehren ziehen und an die man in der Regenerationsphase ab 1830 wieder anknüpfen konnte.⁷⁷

Was die Innenpolitik anbelangt, war entscheidend, dass man bereits während der Reformationszeit die konfessionelle Diversität der Eidgenossenschaft respektiert und zahlreiche „checks and balances“ eingeführt hatte. Im Zweiten Kappeler Landfrieden von 1531 einigte man sich zum Beispiel darauf, jedem eidgenössischen Ort die Wahl der Konfession zu überlassen. Und in den bikonfessionellen „Gemeinen Herrschaften“ operierte man mit einer innovativen Lösung: der Konfessionellen Parität und dem Simultaneum (zeitlich oder räumlich geteilte Nutzung einer Kirche durch zwei Konfessionen). Nur dreimal kam es zu kurzen militärischen Konflikten zwischen katholischen und reformierten Kantonen: 1656 und 1712 (Erster und Zweiter Villmergerkrieg) sowie 1847 (Sonderbundskrieg). Der letztgenannte Krieg, den die protestantischen Kantone gewannen, machte den Weg frei für die Gründung des liberalen Bundesstaats im Jahr 1848. Bei der Ausarbeitung der demokratischen Verfassung, die sich stark an das amerikanische Vorbild anlehnte, achtete man darauf, dass die föderalen Elemente aus-

75 Die große Ausnahme ist die Eroberung des Waadtlands durch Bern und Freiburg im Jahr 1536. Zuvor gehörte es zu Savoyen.

76 Andreas Suter, *Neutralität. Prinzip, Praxis und Geschichte*, in: Hettling: *Geschichte* (wie Anm. 66), S. 133–188, hier S. 154.

77 Andreas Ernst/Albert Tanner/Matthia Weishaupt (Hrsg.), *Revolution und Innovation. Die konfliktreiche Entstehung des Schweizerischen Bundesstaates von 1848 (Die Schweiz 1798–1998: Staat – Gesellschaft – Politik 1)*. Zürich 1998.

reichend vertreten waren. 1874 wurde das Referendumsrecht, 1891 das Initiativrecht auf Bundesebene eingeführt – zuvor und danach auch auf kantonaler Ebene.

Die Eidgenossenschaft war also bereits in der Frühen Neuzeit eine „Antithese“.⁷⁸ Während der europäischen Kontinent periodisch von Angriffs- und Bürgerkriegen überzogen wurde, blieb es in den Schweizer Kantonen relativ friedlich. Entsprechend strömte seit dem 16. Jahrhundert immer wieder privates Kapital in die Schweiz.⁷⁹ Zudem flüchteten zahlreiche protestantische Flüchtlinge aus Frankreich und Norditalien nach Basel, Genf und Zürich mit Kapital, internationalen Beziehungen und finanztechnischem Know-how im Gepäck. Genf, das „calvinistische Rom“, profitierte am meisten von der ersten Welle der Hugenotteneinwanderung in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Nach dem Widerruf des Edikts von Nantes (1685) flohen erneut Tausende von Flüchtlingen aus Frankreich nach Genf und Lausanne. Die meisten zogen es allerdings vor, in die protestantischen deutschen Regionen weiterzuziehen.

Neben Basel und Genf wiesen auch andere Schweizer Städte und Kantone schon in der Frühen Neuzeit einen Kapitalüberschuss auf, den sie ins Ausland exportierten. Dieser Überschuss resultierte hauptsächlich aus dem bereits erwähnten Friedensvertrag mit Frankreich aus dem Jahr 1516. In diesem Vertrag verpflichtete sich die Eidgenossenschaft, dem französischen König in großer Zahl Söldner zur Verfügung zu stellen; Frankreich zahlte dafür im Gegenzug jährlich ansehnliche Pensionen und gewährte den Schweizer Exporteuren Zollvergünstigungen. Zum Kapitalüberfluss der Kantone trug ferner der Verzicht auf eigene Kriege bei, der teure Militärausgaben verhinderte und so half, das Niveau der Steuern niedrig zu halten.⁸⁰

Natürlich waren Bern und Genf weder die einzigen noch die bedeutendsten Finanzplätze, an denen ausländische Vermögen verwaltet wurden. Die größten Finanzzentren der Frühen Neuzeit waren Amsterdam und London. Und die Hugenotten flohen nicht nur nach Genf, sondern auch in die protestantischen deutschen und holländischen Städte oder nach England. Die vorgebrachte Argumentationslinie beruht also nicht auf der Behauptung, dass die Schweiz einzigartig gewesen sei. Entscheidend ist vielmehr, dass man nicht verstehen kann, warum die Schweiz bereits vor der Einführung des Bankgeheimnisses und vor dem Zweiten Weltkrieg der größte Vermögensverwalter Europas wurde, wenn man sich nicht vergegenwärtigt, dass die Schweizer Bankiers bereits um 1900 über eine jahrhundertalte Erfahrung in diesem Geschäft verfügten. Diese Erfahrung war keine hinreichende, aber eine notwendige Bedingung.

3. Solides Bankenwesen

Ein dritter Faktor, den man in die Erklärung einbeziehen muss, ist die Stabilität des schweizerischen Bankensystems im 20. Jahrhundert im Vergleich zu anderen europäischen Klein- und Mittelstaaten. In der ersten Jahrhunderthälfte kam es zwar zu drei

78 Die Formulierung stammt vom Schweizer Historiker Herbert Lüthy, der 1969 ein Buch mit diesem Titel publizierte. Vgl. Herbert Lüthy, *Die Schweiz als Antithese*. Zürich 1969.

79 Landmann, *Kapitalexport* (wie Anm. 69), S. 394.

80 Hans Conrad Peyer, *Die wirtschaftliche Bedeutung der fremden Dienste für die Schweiz vom 15. bis 18. Jahrhundert*, in: ders. (Hrsg.), *Könige, Stadt und Kapital*. Zürich 1982, S. 219–231.

größeren Banken Krisen: unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, in den frühen zwanziger und in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre.⁸¹ Aber diese Krisen stellten nie eine existenzielle Bedrohung für das gesamte Bankensystem und die Währung dar. Vergleicht man sie mit denjenigen der dänischen und norwegischen Banken in den zwanziger Jahren, welche die Rückkehr zum Goldstandard erschwerten, oder mit der Krise der belgischen Banken in den dreißiger Jahren, die 1935 zur Abwertung des belgischen Franc führte, wird die Stabilität des schweizerischen Bankensystems besonders gut sichtbar.⁸²

Die Basis für diese Stabilität wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelegt. Vor dem Ersten Weltkrieg waren die Großbanken im internationalen Vergleich zwar noch Zwerge⁸³ und die Finanzplätze ohne internationale Bedeutung, aber die Schweiz hatte bereits damals einen der modernsten Bankensektoren.⁸⁴ Die belgischen und die schwedischen Banken hatten die Industrialisierung wie in der Schweiz mitfinanziert und waren auf einem vergleichbaren Entwicklungsstand.⁸⁵ Die holländischen Banken hingegen waren wegen der Dominanz der traditionellen Handelsfinanzierung und der verspäteten Industrialisierung relativ unterentwickelt.⁸⁶ Auch der dänische und der norwegische Bankensektor fielen im internationalen Vergleich ab, vor allem wegen ihrer äußerst dezentralen Struktur.⁸⁷ Luxemburg schließlich war ein völlig unbedeutender Finanzplatz, der erst Ende der zwanziger Jahre eine eigene Börse gründete.⁸⁸

Zur Stabilität des Bankensystems haben nicht nur die Großbanken, sondern auch die Kantonalbanken beigetragen. Letztere sind hauptsächlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Antwort auf die Kreditbedürfnisse der ländlichen Wirtschaft und des städtischen Gewerbes entstanden, die von den etablierten Banktypen nicht erfüllt wurden: Die Großbanken fokussierten ihr Geschäft auf den Eisenbahnbau und die schweizerische Exportindustrie, die Privatbanken widmeten sich vor allem der Vermögensverwaltung und die lokalen Sparkassen waren zu klein und hatten zu wenig Kom-

81 Ernst Wetter, *Bankkrisen und Bankkatastrophen der letzten Jahre in der Schweiz (1910–1914)*. Zürich 1918; Patrick Halbeisen, *Bankenkrise und Bankengesetzgebung in den 30er Jahren*, in: Sébastien Guex (Hrsg.), *Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit*. Zürich 1998, S. 61–79; Jan Baumann, *Bundesinterventionen in der Bankenkrise 1931–1937. Eine vergleichende Studie am Beispiel der Schweizerischen Volksbank und der Schweizerischen Diskontbank*. Diss. Zürich 2004. Zur Krise der zwanziger Jahre existiert keine Darstellung.

82 Charles H. Feinstein/ Peter Temin/ Gianni Toniolo, *The European Economy between the Wars*. Oxford 1997, S. 42–49; Herman van der Wee/ Karl Tavernier, *La Banque Nationale de Belgique et l'histoire monétaire entre les deux guerres mondiales*. Brüssel 1975.

83 Joseph Jung, *Von der Schweizerischen Kreditanstalt zur Credit Suisse Group. Eine Bankengeschichte*. Zürich 2000, S. 33. 1900 betrug die Bilanzsumme der Schweizerischen Kreditanstalt 165 Mio. CHF. Die Bilanzsumme des Crédit Lyonnais war zehnmal, die der Barclays sechsmal und die der Deutschen Bank fünfmal höher.

84 Raymond W. Goldsmith, *Financial Structure and Development*. New Haven/ London 1969, S. 209.

85 Helma Houtman-De Smedt/ Herman van der Wee, *Beneluxländer*, in: Pohl, *Bankengeschichte* (wie Anm. 68), S. 286–295, hier S. 286–289.

86 Ebd., S. 289–293; Joost Jonker, *The Alternative Road to Modernity: Banking and Currency, 1814–1914*, in: Marjolein 't Hart/ Joost Jonker/ Jan Luiten van Zanden (Eds.), *A Financial History of The Netherlands*. Cambridge 1997, S. 94–123.

87 Mats Larsson, *Scandinavia*, in: Pohl, *Bankengeschichte* (wie Anm. 68), S. 333–342.

88 Houtman-De Smedt/ van der Wee, *Beneluxländer* (wie Anm. 85), S. 293 ff.

petenz, um in das Kreditgeschäft einzusteigen.⁸⁹ Die wichtigste Gründung war zweifellos die der Zürcher Kantonalbank – heute die drittgrößte Bank der Schweiz – Ende der 1860er Jahre. Die stabilisierende Wirkung der Kantonalbanken zeigte sich besonders in der Bankenkrise der dreißiger Jahre, als ihre Bilanzsummen zwischen 1931 und 1935 von 8.000 auf 10.000 Mio. CHF anstiegen. Die positive Entwicklung war möglich, weil die Kantonalbanken vor allem im regionalen Markt engagiert waren, den sie dank des engen Kontakts zum Gewerbe gut kannten. Die zusammengefasste Bilanzsumme der Großbanken, die sich stark im Ausland engagiert hatten, reduzierte sich hingegen im selben Zeitraum von 8.000 auf rund 5.500 Mio. CHF.⁹⁰

Die Entwicklung des schweizerischen Bankwesens zu einem der modernsten des Kontinents ist im Wesentlichen eine Zürcher Geschichte. Sie begann in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als Basel noch der führende Finanzplatz in der deutschen Schweiz war. Zwar hatten sich auch in Zürich in der Frühen Neuzeit *marchands-banquiers* etabliert, die wie in Basel und Genf meist Glaubensflüchtlinge aus Frankreich bzw. Norditalien waren. Auch hatte Zürich zur Gruppe der Schweizer Städte gehört, die bereits seit dem 16. Jahrhundert Kapital exportierten. Im 18. Jahrhundert war der Kapitalüberschuss sogar so stark angeschwollen, dass der Rat von Zürich 1751 eine so genannte Zinskommission ins Leben rief, die den Auftrag hatte, Zürcher Gelder anzunehmen und im Ausland anzulegen. 1755 wurde diese Kommission in eine selbständige staatliche Organisation umgewandelt, die nach dem damaligen Säckelmeister als *Leu & Co.* bezeichnet wurde und sich im 19. Jahrhundert zu einer Großbank entwickeln sollte.⁹¹ Aber um 1850 war noch keineswegs abzusehen, dass Zürich innerhalb von wenigen Jahrzehnten Basel und Genf an Bedeutung übertreffen würde.

Erst mit dem Eisenbahnbau und dem Aufstieg der Textil- und Maschinenindustrie, den Wachstumsmotoren der schweizerischen Volkswirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, errang der Finanzplatz Zürich die Vorherrschaft im schweizerischen Konkurrenzkampf. Als industrieller Frühstarter nahm die Schweiz in Bezug auf das Industriepotenzial pro Kopf bereits um 1860 den zweiten Rang hinter England ein.⁹² Von 1870 bis 1913 kann man sogar ein eigentliches Wirtschaftswunder beobachten.⁹³ Mit Ausnahme von Dänemark und Deutschland war das Pro-Kopf-Wachstum nirgends so hoch wie in der Schweiz. Vor allem schnitt sie deutlich besser ab als die beiden anderen industriellen Frühstarter, Großbritannien und Belgien.⁹⁴ Basel und Genf nah-

men zwar auch an diesem Wachstumsschub teil, aufgrund ihrer schwächeren industriellen Basis aber weniger als Zürich. In Basel verlor die Seidenbandindustrie an Bedeutung und die Chemieindustrie war vor dem Ersten Weltkrieg zwar innovativ, aber noch klein.⁹⁵ Genf beherrschte überhaupt keinen größeren Industriezweig mehr, seit sich der Schwerpunkt der Uhrenindustrie in den Jura verlagert hatte.⁹⁶

Zweitens scheint auch die geographische Lage eine entscheidende Rolle gespielt zu haben. Basel und Genf lagen an der Peripherie der Schweiz und konnten deshalb beim Bau der schweizerischen Eisenbahnen keine führende Rolle spielen. Vor allem durch die Eröffnung der Gotthard-Route 1882 gewann Zürich einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Auch gegenüber St. Gallen und Winterthur, den beiden aufstrebenden Konkurrenten im Osten, die ebenfalls über eine starke industrielle Basis in der Textil- und Maschinenindustrie verfügten, hatte Zürich einen geographischen Vorteil. Wer eine Eisenbahnlinie von Osten nach Westen oder Süden bauen wollte, war gezwungen, den Bahnhof Zürich ins Netz einzubeziehen.⁹⁷

Und drittens waren die Zürcher Unternehmer innovativer und entschlossener als die konservativen Basler und Genfer Privatbankiers, die wie die Frankfurter Bankhäuser zunächst ablehnend auf die Entwicklung der Aktienbanken, des Kreditgeschäfts und des Effektenhandels reagierten.⁹⁸ Zürich profitierte zum Beispiel davon, dass der Kanton Basel-Stadt bis 1899 einen Wechselstempel bei Börsengeschäften erhob und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Basler Börse schmälerte.⁹⁹ Charles Kindleberger ist deshalb zuzustimmen, wenn er feststellt: „Zürich's success can be ascribed to its focal location in the railroad age, especially after the building of the Gotthardtunnel, and to the pushiness of its bankers.“¹⁰⁰

Vor allem eine Person spielte beim Aufstieg Zürichs eine außergewöhnlich wichtige Rolle: Alfred Escher (1819–1882). Er stammte aus einer angesehenen und alteingesessenen Zürcher Familie, studierte Jura an der heimischen Universität, wurde 1844 Privatdozent und begann seine politische Karriere als Abgeordneter im Kantonsparlament. 1848 wechselte er in die Exekutive des Kantons und ließ sich in den Nationalrat, die erste Parlamentskammer des neu gegründeten Bundesstaates in Bern, wählen. Zwei

89 Ritzmann, *Banken* (wie Anm. 68), S. 78–81.

90 UEK, *Schweiz* (wie Anm. 38), S. 262.

91 Julius Landmann, *Leu & Co. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen und privaten Kreditorganisation 1755–1905*. Zürich 1905.

92 Paul Bairoch, *Commerce extérieur et développement économique de l'Europe aux XIXe siècle*. Paris 1976, S. 171 f. Die Indizes lauten: England (100), Schweiz (55–65), Belgien (45–55), Frankreich (17–22), Deutschland (10–15), Schweden (8–10), Österreich/Ungarn (5–9), Spanien (5–8), Italien (2–4), Russland (0,5–1).

93 Thomas David, *Croissance économique et mondialisation. Le cas de la Suisse (1870–1914)*, in: Gilomen/Müller/Veyrassat, *Globalisierung* (wie Anm. 59), S. 145–169.

94 Durchschnittliches jährliches Wachstum des BIP pro Kopf in Deutschland 1,63, in Dänemark 1,57, in der Schweiz 1,55, in Schweden 1,46, in Frankreich und Österreich 1,45, in Finnland 1,44, in Norwegen 1,30, in Italien 1,26, in Belgien 1,05, in Großbritannien 1,01 und in den Niederlanden 0,90. Vgl.: Angus Maddison, *The World Economy. A Millennial Perspective*. Paris 2001, S. 185, Table A1-d.

95 Tobias Straumann, *Die Schöpfung im Reagenzglas. Eine Geschichte der Baseler Chemie (1860–1920)*. Basel 1995.

96 David Landes, *Revolution in Time. Clocks and the Making of the Modern World*. Cambridge (Mass./London) 1983; Christophe Koller, *L'industrialisation et l'état au pays de l'horlogerie. Contribution à l'histoire économique et sociale d'une région suisse*. Diss. Bern 2001.

97 Die Nationalbahn, die versuchte, eine Ost-Westverbindung unter Umgehung Zürichs zu bauen, ging 1878 Konkurs. Dabei wurden 28 Mio. Franken an Investitionskapital vernichtet. Die Stadt Winterthur, Großanlegerin dieser Gesellschaft, wurde beinahe zahlungsunfähig und musste über mehrere Jahre von einer bundesstaatlichen Finanzkommission überprüft werden.

98 Jung, *Kreditanstalt* (wie Anm. 83), S. 31.

99 Hans Bauer, *Die Basler Börse. Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Basler Effektenbörse*. Basel 1976, S. 33 f.; ders., *Bank- und Finanzplatz Basel*, in: Mottet, *Geschichte* (wie Anm. 68), S. 139–174, hier S. 159 f.; Markus A. Denzel, *Die Integration der Schweizer Finanzplätze in das internationale Zahlungsverkehrssystem vom 17. Jahrhundert bis 1914*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 48 (1998), S. 177–235, hier S. 233.

100 Charles P. Kindleberger, *The Formation of Financial Centers. A Study in Comparative Economic History*, in: ders., *Comparative Political Economy. A Retrospective*. Cambridge (Mass./London) 2000, S. 241–317, hier S. 273.

zentrale Entscheidungen trugen seine Handschrift: 1852 entschied das Parlament, dass der Eisenbahnbau von privaten Unternehmen realisiert werden sollte. 1854 gründete der Bund das eidgenössische Polytechnikum (später Eidgenössisch-Technische Hochschule ETH) in Zürich. Auf der Basis seiner politischen Erfolge baute Escher seine wirtschaftliche Macht auf. 1853 wurde er Präsident der Direktion der Nordostbahn. Auch beim Bau des Gotthardtunnels spielte er eine entscheidende Rolle. Von 1863 bis 1872 war er Präsident der ständigen Kommission der Gotthardvereinigung, deren Ziel es war, die Öffentlichkeit und die Behörden von der Notwendigkeit einer Nord-Süd-Verbindung durch den Gotthard zu überzeugen. Von 1872 bis 1878 war Escher Direktionspräsident der Gotthardbahngesellschaft, die dieses Projekt realisierte. Als es zu Finanzierungsschwierigkeiten kam, wurde er allerdings Ende der siebziger Jahre von diesem Amt verdrängt. 1882, wenige Wochen nach der Vollendung der Gotthard-Route, starb er vereinsamt in Zürich. Seit 1889 steht sein Denkmal vor dem Zürcher Bahnhof am Anfang der Bahnhofstraße.¹⁰¹

Eschers wichtigstes Ziel war es, den Bau des schweizerischen Eisenbahnnetzes vom Einfluss der französischen Banken zu lösen und durch einheimisches Kapital zu finanzieren. Dazu gründete er zusammen mit befreundeten Zürcher Textilindustriellen und Politikern („System Escher“) 1856 die Schweizerische Kreditanstalt nach dem Vorbild des französischen *Crédit mobilier* der Gebrüder Pereire.¹⁰² Das Vorhaben gelang: Der französische Einfluss wurde zurückgedrängt und die Kreditanstalt entwickelte sich zur wichtigsten Bank im Eisenbahngeschäft. Aufgrund der erfolgreichen Diversifikation in den folgenden Jahrzehnten entwickelte sie sich zu einer führenden Bank in der Industrie- und Handelsfinanzierung und in der Emission von Aktien und Obligationen. Seit Mitte der 1880er Jahre engagierte sie sich zunehmend im internationalen Geschäft, was sich an der zunehmenden Bedeutung von ausländischen Wertpapieren und an dem stärkeren Engagement bei internationalen Transaktionen ablesen lässt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann sie mit dem Aufbau eines inländischen Filialnetzes. Ferner spielte sie eine entscheidende Rolle bei der Gründung verschiedener Versicherungen in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts.¹⁰³

Dank des Erfolgs der Kreditanstalt wurde die Zürcher Bahnhofstraße um die Jahrhundertwende zur ersten Adresse in der Schweizer Bankenwelt. Vier Großbanken hatten ihren Hauptsitz in Zürich: die Schweizerische Kreditanstalt, die Schweizerische Bankgesellschaft, die Eidgenössische Bank und die Leu & Co. AG.¹⁰⁴ Auch die bei

101 Die einzige Gesamtbibliographie über Alfred Escher ist mittlerweile über achtzig Jahre alt: Ernst Gagliardi, Alfred Escher. Frauenfeld 1919/20; vgl. ferner: Walter Adolf Jöhr, Die Schweizerische Kreditanstalt 1856–1956. Hundert Jahre im Dienste der Schweizerischen Volkswirtschaft. Zürich 1956; Jung, Kreditanstalt (wie Anm. 83).

102 Zur Geschichte der Kreditanstalt siehe: Jöhr, Kreditanstalt (wie Anm. 101); Jung, Kreditanstalt (wie Anm. 83). Vgl. ferner die Geschichte anderer Schweizer Grossbanken vor dem Ersten Weltkrieg: Schweizerische Bankgesellschaft (Hrsg.), Schweizerische Bankgesellschaft 1862/ 1912/ 1962. Zürich 1962; Hans Bauer, Schweizerischer Bankverein 1872–1972. Basel 1982.

103 Zur Geschichte der beiden größten Schweizer Versicherungen siehe: Karl Lüönd, Neugierig auf morgen. 125 Jahre Zürich – Geschichte und Vision eines Weltkonzerns. Zürich 1998; Joseph Jung, Die Winterthur. Eine Versicherungsgeschichte. Zürich 2000.

104 In Basel waren der Bankverein und die Basler Handelsbank domiziliert, in Bern die Schweizerische Volksbank und in Genf das *Comptoir d'Escompte*.

weitem größte Staatsbank, die Zürcher Kantonalbank, domizilierte in der Bahnhofstraße. Die 1905 gegründete Schweizerische Nationalbank hatte ihren Sitz nicht in Basel oder Genf, sondern in Bern und Zürich, wobei zwei ihrer drei Departmente in Zürich angesiedelt wurden.¹⁰⁵ Zu jener Zeit war auch ein integrierter schweizerischer Kapitalmarkt entstanden, die regionalen Zinsdifferenzen waren geschrumpft. Die Schweizer Finanzplätze wurden zudem nach 1870 auch in den internationalen Zahlungsverkehr integriert.¹⁰⁶

Mit anderen Worten: Als sich die Vermögensverwaltung in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg zu einem profitablen Geschäft der Großbanken entwickelte, hatte sich Zürich bereits als moderner Finanzplatz etabliert. Es war kein Offshore-Standort wie Luxemburg, der erst dank des Kapitalimports Bedeutung erlangte.¹⁰⁷ Im Gegenteil: Die schweizerische Verflechtung mit dem Ausland und der Kapitalexport hatten bereits seit den 1880er Jahren stark zugenommen. Die Vermögensverwaltung war eine Erweiterung des bestehenden Geschäfts, das bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine starke volkswirtschaftliche Basis und eine gewisse, wenn auch geringe, internationale Bedeutung erlangt hatte.

4. Liberal-konservative Wirtschaftspolitik

Ein Wettbewerbsvorteil, der oft genannt wird, ist die innenpolitische Stabilität der Schweiz.¹⁰⁸ Das ist zweifellos richtig, aber die Schweiz war keineswegs der einzige europäische Kleinstaat, der im 20. Jahrhundert über eine hohe innenpolitische Stabilität verfügte. Auch die skandinavischen und die Benelux-Länder vermochten innere Konflikte immer mit friedlichen Mitteln zu lösen und hielten in schwierigen Zeiten an den demokratischen Institutionen fest.¹⁰⁹

In der Schweiz gab es jedoch einige innenpolitische Konflikte, die die Stabilität zumindest kurzfristig bedrohten. Während des Ersten Weltkriegs brach ein erbitterter Streit zwischen Deutsch- und Westschweizern aus, weil beide Seiten mit ihrem jeweiligen großen Nachbarn sympathisierten. Am Ende des Weltkriegs, im November 1918, kam es zu einem landesweiten Generalstreik. In den dreißiger Jahren versuchten rechts- und linksextreme Parteien, die schweizerische Demokratie zu beseitigen. Während des Zweiten Weltkriegs formierte sich eine Offiziersgruppe, die eine engere Anlehnung an die Achsenmächte und die Einführung eines autoritären Regimes forderten. Und schließlich formierten sich auch in der Schweiz in den späten sechziger Jahren mehrere Protestbewegungen, die den Nachkriegskonsens in Frage stellten.

105 Schweizerische Nationalbank, Die Schweizerische Nationalbank 1907–1932. Zürich 1932.

106 Denzel, Integration (wie Anm. 99).

107 Tobias Straumann, Finanzplatz und Pfadabhängigkeit. Die Bundesrepublik, die Schweiz und die Vertreibung der Euromärkte (1955–1980), in: Christoph Maria Merki (Hrsg.), Europas Finanzzentren. Geschichte und Bedeutung im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2005, S. 245–268.

108 Allgemein zur politischen Geschichte der Schweiz: Handbuch der Schweizer Geschichte, 2 Bde., Zürich 1980; Geschichte der Schweiz und der Schweizer, 3 Bde. Basel 1986. Zur Geschichte der schweizerischen Neutralität: Suter, Neutralität (wie Anm. 75), S. 133–188.

109 Grundlegend dazu: Peter J. Katzenstein, Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe. Ithaca 1985.

Was die Schweiz im 20. Jahrhundert vielmehr auszeichnete, war die Stabilität der Mehrheitsverhältnisse. Im Parlament und in der Regierung dominierte immer eine Mitte-Rechts-Koalition, die eine liberal-konservative, stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgte. Die Besteuerung der Gewinne war milde, der Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit schwach, die Kartellrechte sehr hoch und der Arbeitsmarkt flexibel.¹¹⁰ Vor allem in den Nachkriegsjahrzehnten, als die meisten anderen europäischen Länder den Keynesianismus adoptierten, wich die Schweiz stark vom europäischen Durchschnitt ab. Der Ordoliberal Wilhelm Röpke schrieb Anfang der sechziger Jahre mit großer Bewunderung: „Die Schweiz ist dasjenige Land in Europa, das niemals vom Kurse der Marktwirtschaft und der monetären Disziplin abgewichen ist, auch dann nicht, als ein anderes neutrales Land, nämlich Schweden, den Verlockungen des Kollektivismus und Inflationismus nach dem Kriege erlag. Insofern kommt der Schweiz der Ehrentitel des Landes zu, das inmitten der allgemeinen ideologischen Verwirrung das Modell einer gesunden Wirtschafts- und Währungspolitik sorgsam bewahrt hat, auch zu einer Zeit, als es damit allein in der Welt stand und als eine Art von Museumsstück verlacht wurde.“¹¹¹

Neben der zentralen Lage dürfte diese schweizerische Besonderheit in der Tat der Hauptgrund gewesen sein, warum sich nach 1945 Zürich und nicht Stockholm zu einem internationalen Finanzplatz entwickelte. Die schwedischen Sozialdemokraten, die 1932 zusammen mit der Bauernpartei an die Macht gekommen waren und bis 1976 die schwedische Politik dominierten, wandten nach dem Zweiten Weltkrieg eine strenge Regulierung des Kapitalverkehrs an.¹¹² Zudem verstärkten sie die Kontrolle über die Geldpolitik, indem sie die Autonomie der Zentralbank beschnitten. 1948 trat der Gouverneur der Riksbank unter Protest zurück, weil er mit seiner Forderung, die Inflation mit Zinserhöhungen zu bekämpfen, nicht durchdrang. Ein ähnlicher Konflikt wiederholte sich 1957: Das Direktorium der Riksbank hatte die Zinsen erhöht, ohne das Finanzministerium im Voraus zu informieren. Daraufhin wurde der Gouverneur zum Rücktritt gedrängt und durch einen anderen Sozialdemokraten ersetzt.¹¹³

Die Schweizer Behörden hingegen beließen der Nationalbank die traditionelle Unabhängigkeit, verzichteten auf Kapitalkontrollen und eine Änderung der Parität Ende der vierziger Jahre.¹¹⁴ Von 1945 bis 1958 war der Franken die stabilste und die einzige konvertible Währung Europas, wodurch es der Schweiz möglich war, bei der Finanzierung des westeuropäischen Wiederaufbaus eine zentrale Rolle zu spielen.¹¹⁵ Da man

110 1990 betrug die Fiskalquote in der Schweiz 30,9 Prozent des BIP (OECD-18: 39,2 Prozent). 1990 betrug der Anteil der Sozialstaatsausgaben am BIP 14 Prozent (OECD-18: 22,1 Prozent). Vgl. Statistical Appendix, in: Fritz W. Scharpf/ Vievien A. Schmidt (Eds.), *Welfare and Work in the Open Economy*, Vol. 1: From Vulnerability to Competitiveness. Oxford 2000, S. 337–372, hier S. 360, 364.

111 Wilhelm Röpke, *Fronten der Freiheit. Wirtschaft – Internationale Ordnung – Politik. Eine Auslese aus dem Gesamtwerk*. Stuttgart 1965, S. 210.

112 Tarmo Haavisto/ Lars Jonung, *Central Banking in Sweden and Finland in the Twentieth Century*, in: Carl-Ludwig Holtfrerich (Ed.), *The Emergence of Modern Central Banking from 1918 to Present*. Aldershot et al. 1999, S. 111–143, hier S. 115 f.

113 Ebd., S. 116, 121 f.

114 Alex Cukierman, *Central Bank Strategy, Credibility, and Independence. Theory and Evidence*. Cambridge (Mass.) 1992. Schweden wertete die Krone 1946 um 14,3 Prozent auf und 1949 um 30,5 Prozent ab.

115 Schweizerische Nationalbank, *Schweizerische Nationalbank 1907–1957*. Zürich 1957, S. 298–309.

nicht bereit war, das Ziel der Preisstabilität zugunsten einer kurzfristigen Förderung der Vollbeschäftigung aufzugeben, erwarb sich die Schweiz zusammen mit der Bundesrepublik das Renommee eines besonders stabilitätsorientierten Landes. In den sechziger Jahren lösten die Deutsche Mark und der Schweizer Franken das englische Pfund als wichtigste Reservewährung Europas ab.¹¹⁶ Als erste europäische Staaten reduzierten die Bundesrepublik und die Schweiz in den siebziger Jahren die Inflation und führten die Geldmengensteuerung als neues Konzept der Geldpolitik ein.¹¹⁷ Entsprechend erfuhren die Mark und der Franken eine enorme Aufwertung gegenüber dem Dollar und den meisten europäischen Währungen. Die Frankenstärke trug dem Finanzplatz Schweiz eine enorme Beachtung in der internationalen Finanzwelt ein und führte zu enormen Kapitalzuflüssen.¹¹⁸ Die internationalen Anleger wussten die Berechenbarkeit der Anlagen in Schweizer Franken zu schätzen und teilten ihnen einen festen Platz in ihrem Portfolio zu.

IV. Fazit und Ausblick

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich Zürich zu einem bedeutenden internationalen Finanzplatz dank seiner dominanten Stellung in der Verwaltung privater Vermögen, die aus dem Ausland in die Schweiz strömten. Der internationale Vergleich hat gezeigt, dass es nicht genügt, nur mit kurzfristigen Faktoren zu argumentieren, wenn man diesen spektakulären Aufstieg verstehen will. Zürich profitierte zwar davon, dass die Schweiz von beiden Weltkriegen weitgehend verschont geblieben war und dass die schweizerische Gesetzgebung die Bankkunden relativ stark schützte. Aber es bleiben zu viele Aspekte der Entwicklung unerklärt.

Aus diesem Grunde wurden vier weitere Faktoren in die Erklärung einbezogen. Erstens war und ist die Schweiz aufgrund ihrer zentralen Lage, ihrer Vielsprachigkeit und des Tourismus besonders eng mit dem Ausland verflochten. Diese Verflechtung erweitert den potenziellen Kundenkreis und erzeugt eine kulturelle Nähe zu den Kunden, die gerade in der Vermögensverwaltung, einem sehr privaten Geschäft, von entscheidender Bedeutung ist. Zweitens waren die Schweizer Bankiers in Basel und Genf spätestens seit dem 18. Jahrhundert mit dem Geschäft der Vermögensverwaltung bestens vertraut. Diese Erfahrung hat ihnen einen Startvorteil im 20. Jahrhundert verschafft, in dem die Kriege besonders kostspielig und die Kapitalflucht entsprechend virulent war. Drittens war das schweizerische Bankenwesen im internationalen Vergleich das ganze Jahrhundert hindurch relativ stabil – trotz dreier Banken Krisen im Zeitraum zwischen 1910 und 1935. Und viertens hat die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern konsequent eine liberal-konservative Wirtschaftspolitik verfolgt. Die Inflation war gering und die Währung stark, was Anlagen in Schweizer Franken zu einer begehrten Diversifikation des Port-

116 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, *Jahresbericht 1970/71*, S. 180.

117 Schweizerische Nationalbank, *75 Jahre Schweizerische Nationalbank. Die Zeit von 1957 bis 1982*. Zürich 1981; Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung seit 1948*. München 1998.

118 Schweizerische Nationalbank, *75 Jahre* (wie Anm. 117), S. 163–239.

folios gemacht und dem Finanzplatz Zürich eine große internationale Beachtung eingebracht hat.

Zusammenfassend ließe sich sagen: Der Erfolg Zürichs beruhte auf einer günstigen Verbindung von niedrigen Transaktionskosten und starken Eigentumsrechten. Denn die Erfahrung in der Vermögensverwaltung, die Absenz von Kapitalverkehrskontrollen und die kulturelle Verflechtung mit dem Ausland hatten vor allem den Effekt, dass der ausländische Kunde relativ einfach mit der Schweizer Bank in Kontakt treten konnte (niedrige Transaktionskosten). Und das Bankgeheimnis, die politische Stabilität, die Solidität des Bankensystems und die Härte der Währung waren Garanten dafür, dass das bei Schweizer Banken deponierte Geld sicher war (starke Eigentumsrechte). Andere europäische Kleinstaaten hatten ebenfalls einzelne oder sogar mehrere dieser Wettbewerbsvorteile, aber nur in der Schweiz finden wir sie in dieser Kombination.

Wie wird sich der Finanzplatz Zürich in den kommenden Jahrzehnten entwickeln? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, da sich das internationale wirtschaftliche und regulatorische Umfeld seit der Mitte der achtziger Jahre in einem schnellen Wandel befindet. Aus dem historischen Rückblick lassen sich zwei widersprüchliche Lehren ziehen. Zum einen kann man folgern, dass es für den Finanzplatz Zürich in Zukunft schwieriger sein wird, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Denn wichtige Wettbewerbsvorteile des 20. Jahrhunderts sind verschwunden. Seit 1945 herrscht in Europa Frieden, die meisten Staaten versuchen mittels einer gezielten Standortpolitik, den Finanzplatz zu fördern, die Inflation ist überall auf niedrigem Niveau und die Bankensysteme sind generell viel weniger verwundbar als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Zum anderen kann man aus dem historischen Rückblick auch ableiten, dass ein ganz spezielles Set von Wettbewerbsvorteilen erforderlich ist, um in der Vermögensverwaltung zu reüssieren, was der Schweiz weiterhin einen entscheidenden Vorsprung verschafft. Man kann durchaus argumentieren, dass es längst nicht reicht, über ein friedliches Umfeld, eine Standortpolitik, eine niedrige Inflationsrate, eine stabile Währung und ein stabiles Bankensystem zu verfügen, solange ein Standort nicht gleichzeitig zentral liegt, das Personal die Sprachen der großen Nachbarn beherrscht und über eine jahrzehntelange Erfahrung verfügt. Für diese Sicht spricht auch, dass es in den letzten zwanzig Jahren nur Luxemburg gelungen ist, mit der Schweiz zu konkurrieren, also einem Land, das ebenfalls zentral liegt und enge kulturelle Beziehungen mit seinen Nachbarländern pflegt.

Welche Interpretation sich als die richtige erweisen wird, hängt auch von der zukünftigen Entwicklung des schweizerischen Kundenschatzes ab. Im Juni 2005 stimmte eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung (54,6 Prozent) für das bilaterale Abkommen Schengen-Dublin mit der EU. Damit hat sich die Schweiz verpflichtet, künftig bei der Hinterziehung von indirekten Steuern internationale Rechtshilfe zu leisten. Wie sich dies auf das Vermögensverwaltungsgeschäft auswirken wird, ist umstritten. Die Schweizerische Bankiervereinigung unterstützte das Abkommen.¹¹⁹ Auf der anderen Seite warnte ein führender Finanzjurist, der Genfer Professor Xavier Oberson, in einem ver-

traulichen Gutachten das Finanzministerium vor dem Verhandlungspaket. Es stelle, so Oberson, „eine eindeutige Schwächung [un affaiblissement certain] des Bankgeheimnisses“ dar.¹²⁰ Im November 2004 wurde außerdem publik, dass ein prominenter Privatbankier aus dem Verwaltungsrat der Schweizerischen Bankiervereinigung ausgetreten war, weil er die offizielle Linie nicht mehr mittragen wollte.¹²¹

*Dr. Tobias Straumann, Universität Zürich,
Institut für empirische Wirtschaftsforschung (IEW),
Abteilung Wirtschaftsgeschichte*

119 Ermes Gallarotti, Schweizer Banken stehen zum Bilateralismus. Votum für die Verträge mit der Europäischen Union, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16. September 2004, S. 21.

120 Urs Paul Engeler, Bankgeheimnis: Notbremse versagte, in: Die Weltwoche vom 19. Mai 2004, S. 20.

121 Lukas Hässig, Bilaterale Verträge: Bloß keine Diskussionen, in: Die Weltwoche vom 18. November 2004, S. 18.